

Wahlanalyse



Kommunalwahl in Wiesbaden
am 27. März 2011



Herausgeber

Landeshauptstadt Wiesbaden
Amt für Strategische Steuerung,
Stadtforschung und Statistik
Wilhelmstraße 32, 65183 Wiesbaden

Bezug

Amt für Strategische Steuerung,
Stadtforschung und Statistik
Information & Dokumentation
Postfach 39 20, 65029 Wiesbaden

Tel.: 06 11/31-25 83
FAX: 06 11/31-39 62
E-Mail: dokumentation@wiesbaden.de
Internet: www.wiesbaden.de/wahlen



Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung, auch auszugsweise nur mit Quellenangabe gestattet und mit der Bitte um ein Belegexemplar.

Für gewerbliche Zwecke ist es grundsätzlich nicht gestattet diese Veröffentlichung oder Teile daraus zu vervielfältigen, auf Mikrofilm/-fiche zu verfilmen oder in elektronische Systeme zu speichern.

► Stadtverordnetenwahl

Ergebnisse der Stadtverordnetenwahl im Überblick 5

Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung 13

► Repräsentative WahlstatistikStruktur der Wahlberechtigten und ihre Wahlbeteiligung
nach Alter und Geschlecht 19

Wahlentscheidung nach Alter und Geschlecht 25

► Wählerwanderungen

zwischen den Stadtverordnetenwahlen 2006 und 2011 . 41

► Ortsbeiratswahlen

- Ergebnisse der Ortsbeiratswahlen im Überblick 45

ANHANG

Ergebnisse der Stadtverordnetenwahl im Überblick

Tab. 1:	Stimmen von unveränderten u. veränderten Stimmzetteln nach Wahlvorschlägen bei der Stadtverordnetenwahl 2011	7
Tab. 2:	Vorläufiges Endergebnis der Stadtverordnetenwahl 2011 und Endergebnis der Stadtverordnetenwahl 2006	8
Bild 1:	Vorläufiges Endergebnis der Stadtverordnetenwahl 2011 - Gewinner und Verlierer - Sitzverteilung	9
Tab. 3:	Panaschierte Stimmen bei der Stadtverordnetenwahl 2011	10
Tab. 3a:	Panaschiersalden zwischen den Parteien bei der Stadtverordnetenwahl 2011	11

Ergebnisse der Stadtverordnetenwahl im Überblick

Bild 2:	Wahlbeteiligung in Wiesbaden bei Bundestagswahlen, Landtagswahlen, Kommunalwahlen und Europawahlen seit 1977	13
Bild 3:	Wahlbeteiligung in den Ortsbezirken	15
Tab. 4:	Wahlbeteiligung und Abschneiden der Parteien	16
Tab. 5:	Stimmabgabe von Brief- und Urnenwähler/-innen	17
Tab. 6:	Brief- und Urnenwähler/-innen und das Wahlsystem	18

Struktur der Wahlberechtigten und ihre Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht

Tab. 7:	Zahl der Wahlberechtigten bei Stadtverordnetenwahlen seit 1985	19
	Wahlberechtigtenstruktur in Wiesbaden	
Bild 4:	Jung und Alt, Frauen und Männer	20
Bild 5:	Diesmal mehr Wahlberechtigte in Wiesbaden	20
Tab. 8:	Wahlbeteiligung in Wiesbaden	
Bild 6:	nach Geschlecht und Altersgruppen bei den Kommunalwahlen 1997 bis 2011	23

	Seite
Wahlentscheidung nach Alter und Geschlecht	
Bild 7: ...-Anteile nach Alter und Geschlecht bei der Kommunalwahl 2011/2006	
- CDU	27
- SPD	27
- FDP	29
- GRÜNEN	29
- LINKE	31
- REPUBLIKANER	31
- BLW	33
- Freie Wähler	33
- PIRATEN	34
Bild 8: Kommunalwahlen seit 1985 ... Frauen haben höheren Stimmenanteil als Männer	35
Tab. 9: Wahlentscheidung nach Geschlecht und Altersgruppen bei den Kommunalwahlen 2011 und 2006	38
Tab. 10: Wählerschaft der Parteien nach Altersgruppen und Geschlecht bei der Kommunalwahl 2011	39
Bild 9: Zusammensetzung der Wählerschaft der einzelnen Parteien bei der Kommunalwahl 2011	40
Wählerwanderungen zwischen den Stadtverordnetenwahlen 2006 und 2011	
Bild 10: Bilanz der Wählerwanderungen in Wiesbaden zwischen den Stadtverordnetenwahlen 2006 und 2011	42
Ortsbeiratswahlen	
Tab. 11: Sitzverteilung in den 26 Ortsbeiräten nach dem vorläufigen Wahlergebnis 2011 - Vergleich mit entsprechender Wahl 2006	47

Ergebnisse der Stadtverordnetenwahl im Überblick

*Kommunalwahl 2011
heißt in Wiesbaden:
Stadtverordnetenwahl
und Ortsbeiratswahl*

Die Kommunalwahl am 27. März 2011 gab der Wählerschaft in Wiesbaden ein weiteres Mal die Möglichkeit, ihr Votum für zwei verschiedene politische Gremien abzugeben – einerseits die Stadtverordnetenversammlung, andererseits die 26 Ortsbeiräte. Außerdem fand gleichzeitig noch die Volksabstimmung zur Änderung der Hessischen Verfassung (Einführung einer „Schuldenbremse“) statt.

*81 Stimmen
bei der Stadtverordnetenwahl*

Bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung hatte jede Wählerin und jeder Wähler wieder 81 Stimmen zu vergeben, die sie auf zwölf Parteien verteilen konnten. Das waren vier politische Gruppierungen mehr als vor fünf Jahren. Neben den bisher in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien kandidierte erneut die BüSo. Erstmals bei einer Kommunalwahl traten die PIRATEN, die Freien Wähler, die BIG und die FNW an.

12 Parteien kandidierten

*Der flexible Wahlmodus
ist immer noch eine Heraus-
forderung*

Mit dem seit der Kommunalwahl 2001 praktizierten Wahlverfahren, das nach den Grundsätzen des personalisierten Verhältniswahlrechts funktioniert, entscheidet die Wählerschaft wie bisher über die Stärke der einzelnen Parteien in der Stadtverordnetenversammlung. Darüber hinaus wird sie jedoch durch die Möglichkeit des Kumulierens, Panaschierens und des Streichens sowie der verschiedenen Mischvarianten in gewissem Maße in die Lage versetzt, ihre eigenen Vorstellungen von der personellen Zusammensetzung des Stadtparlaments zum Ausdruck zu bringen. Dies setzt jedoch voraus, dass die Wählerschaft mit der Vielfalt der Gestaltungsmöglichkeiten bei der Stimmabgabe auch umgehen kann bzw. damit vertraut ist. Darum galt das erste Augenmerk dem Umgang der Wählerschaft mit dem Stimmzettel. Drei Indikatoren stehen dabei im Mittelpunkt der Betrachtung:

- **Der Anteil ungültiger Stimmzettel**

Bei der Stadtverordnetenwahl hatten von den 83 526 Wähler/-innen 4 818 einen ungültigen Stimmzettel abgegeben. Damit lag der Anteil der ungültigen Stimmzettel bei 6 %, knapp 1 Prozentpunkt mehr ungültige Stimmzettel als vor fünf Jahren (vgl. Tab. 2).

Da das hessische Wahlsystem - im Gegensatz zum personalisierten Verhältniswahlverfahren anderer Bundesländer - mehrere „Heilungsmöglichkeiten“ vorsieht, könnte die größere Anzahl ungültiger Stimmzettel durchaus ein Hinweis auf die nach wie vor geringe Vertrautheit mit den Wahlmöglichkeiten sein. Auch das größere Parteienangebot (12 Parteien) führte zu einer zunehmenden Unübersichtlichkeit des Stimmzettels. Das Gefühl der Überforderung angesichts der Vielzahl an Entscheidungen kann zu diesem Ergebnis beigetragen haben.

- **Die Stimmenausschöpfung**

Geht man von den gültigen Stimmzetteln und den möglichen Stimmen je Zettel aus, dann betrug die potentielle Stimmenzahl der gültigen Stimmzettel 6 375 348 Stimmen. Von diesem fiktiven Stimmen-Soll wurden 6 079 194 abgegeben, was einer Ausschöpfungsquote von 95,4 % entspricht. Bei der Kommunalwahl 2006 hatte die Ausschöpfungsquote bei 95,1 % gelegen. Die Wähler/-innen haben dennoch gerade in Anbetracht der vielfältigen Möglichkeiten durchaus die Übersicht bewahrt und ihr Stimmenkontingent recht gut ausgenutzt.

- **Unveränderte und veränderte Stimmzettel**

In welchem Ausmaß die Wähler/-innen von ihrem Gestaltungsspielraum Gebrauch gemacht haben, gibt die Auswertung der Stimmzettel eine verlässliche Antwort.

Die einfachste Möglichkeit die 81 Stimmen abzugeben, ist die Wahl einer Partei per Listenkreuz; damit ist ein Wahlvorschlag unverändert angenommen. So verhielten sich 59,9 % der Wähler/-innen, d. h. eine gute Mehrheit machte von den verschiedenen Möglichkeiten keinen Gebrauch. 40,1 % hingegen nutzten das flexible Wahlverfahren, indem sie durch eigene Eintragungen ihre individuelle Wahlentscheidung trafen und parteiorientiert oder parteiübergreifend bestimmte Kandidaten bevorzugten oder auch unerwünschte gestrichen haben.

Bei der Kommunalwahl 2001 wurden die vielfältigen Wahlmöglichkeiten von mehr Wähler/-innen (44 %) genutzt, 2006 waren es 43 %.

Wie aus Tab. 1 hervorgeht, waren die parteipolitischen Bindungen der REP-Wähler/-innen am stärksten, nur 30,4 % gaben ihrem Wunsch nach einer „Persönlichkeitswahl“ Ausdruck. Ebenfalls unterdurchschnittlich viele Stimmzettelveränderungen konnten die GRÜNEN, die PIRATEN die CDU und die Freien Wähler verzeichnen. Dagegen nahmen die Wähler von FNW, BüSo, BIG, FDP, BLW und SPD überdurchschnittlich viele Veränderungen am Stimmzettel vor, während die Kandidatenaufstellung der LINKEN durch Streichung oder Stimmenhäufung durchschnittlich verändert wurde. Für die einzelnen Wahlvorschläge lassen sich die Stimmenanteile aus unverändert und verändert abgegebenen Stimmzetteln aus Tab. 1 entnehmen.

Tab. 1:
Stimmen von unveränderten und veränderten Stimmzetteln nach Wahlvorschlägen bei der Stadtverordnetenwahl 2011

Wahlvorschlag	Stimmen von ... Stimmzetteln			
	unveränderten		veränderten	
	abs.	in %	abs.	in %
CDU	1 285 956	64,7	702 074	35,3
SPD	1 044 252	59,4	713 399	40,6
FDP	175 446	57,4	130 112	42,6
GRÜNE	802 305	69,0	359 677	31,0
LINKE	156 330	63,2	90 878	36,8
REP	94 770	69,6	41 334	30,4
BLW	135 108	58,1	97 616	41,9
BüSo	2 052	47,9	2 236	52,1
FW	45 522	64,1	25 530	35,9
BIG	11 700	54,7	9 697	45,3
PIRATEN	84 159	65,2	44 873	34,8
FNW	10 296	42,6	13 872	57,4
Insgesamt	3 847 896	63,3	2 231 298	36,7

Quelle: Amt für Strategische Steuerung,
Stadtforschung und Statistik

8470_01B.XLS



Tab. 2:
Vorläufiges Endergebnis der Stadtverordnetenwahl 2011
und Endergebnis der Stadtverordnetenwahl 2006

	2 011		2 006	
	abs.	%	abs.	%
Wahlberechtigte				
- ohne Sperrvermerk	181 384		183 162	
- mit Sperrvermerk	20 358		16 351	
Wahlberechtigte insgesamt	201 742		199 513	
Wählerinnen / Wähler	83 526		79 077	
davon mit Wahlschein	17 046		14 824	
ungültige Stimmzettel	4 818		3 877	
gültige Stimmen	6 079 194		5 790 686	
Wahlbeteiligung		41,4		39,6
CDU	1 988 030	32,7	2 093 896	36,2
SPD	1 757 651	28,9	1 750 910	30,2
FDP	305 558	5,0	523 892	9,0
GRÜNE	1 161 982	19,1	701 649	12,1
DIE LINKE	247 208	4,1	188 584	3,3
REP	136 104	2,2	291 154	5,0
BLW	232 724	3,8	213 351	3,7
BüSo	4 288	0,1	27 250	0,5
FW	71 052	1,2		
BIG	21 397	0,4		
PIRATEN	129 032	2,1		
FNW	24 168	0,4		

Quelle: Amt für Strategische Steuerung,
Stadtforschung und Statistik

8400_00.xls 

Wahlbeteiligung

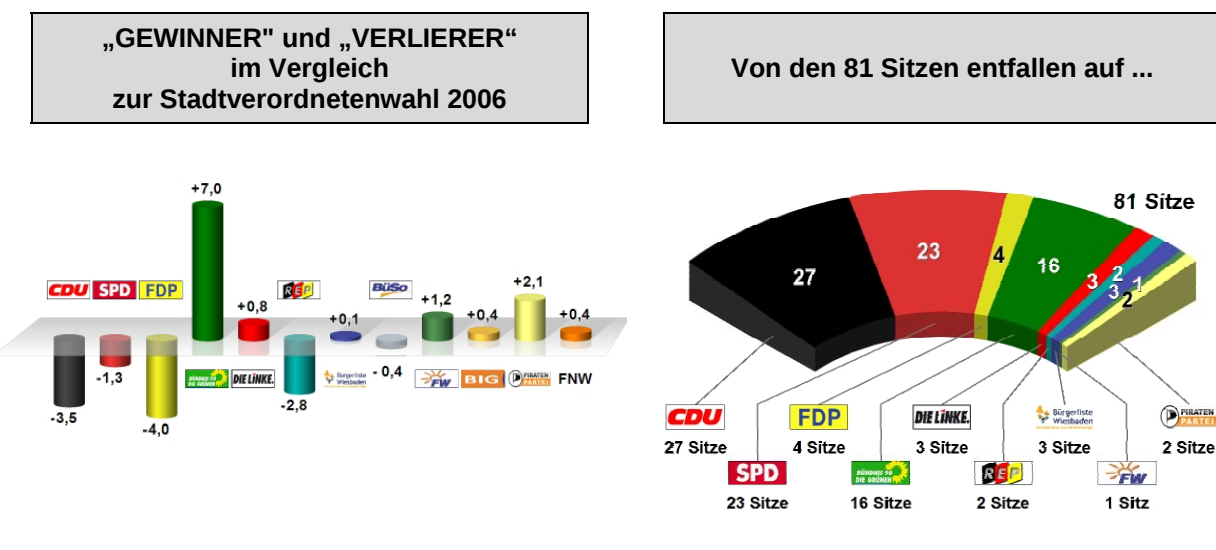
Zum ersten Mal seit Jahrzehnten ist die Wahlbeteiligung wieder angestiegen, wenn auch nicht in überragender Weise. Die Wahlbeteiligung von 2001 (47,2 %) wird nicht erreicht.

Parteienergebnisse

Den Einzug in die Stadtverordnetenversammlung geschafft haben neun der zwölf angetretenen Wählergruppen und dies mit unterschiedlichem Erfolg.

Von den beiden Volksparteien hat die CDU mit 32,7 % der gültigen Stimmen ihr Ergebnis von 2006 um 3,5 %-Punkte verfehlt, blieb aber stärkste Partei. Gegenüber der Kommunalwahl 2006 büßte die CDU rd. 109 000 Wählerstimmen ein. Die SPD gewann zwar knapp 7 000 Stimmen hinzu, musste aber bei den Stimmanteilen ebenfalls Verluste hinnehmen, sie errang mit 28,9 % der Stimmen 1,3 %-Punkte weniger als vor 5 Jahren. Drittstärkste Kraft wurden die GRÜNEN mit 19,1 % (+ 7,0 %-Punkte), sie gewannen dabei gut 460 000 Stimmen dazu. Mit weitem Abstand kamen die Freien Demokraten mit 5,0 % als vierte ins Ziel (- 4,0 %-Punkte), gefolgt von den LINKEN, der BLW und den Republikanern.

Bild 1:
Vorläufiges Endergebnis der Stadtverordnetenwahl 2011 in Wiesbaden



KW 2011 = FW, BIG, Piraten und FNW kandidierten erstmalig

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

*Gewinn- und Verlust-Rechnung
für ...*

Die Gewinn- und Verlust-Rechnung sieht in der Bilanz damit folgendermaßen aus: Bei leicht gestiegener Wahlbeteiligung haben in Wiesbaden bei der Stadtverordnetenwahl ...

CDU, SPD, FDP und REP

- CDU, SPD, Freie Demokraten und REP in unterschiedlichem Umfang Stimmenanteile verloren,

GRÜNE, BLW und LINKE

- die GRÜNEN, die BLW und die LINKE ihre Anteilswerte an den insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen erhöhen können,

PIRATEN, FREIE WÄHLER

- PIRATEN und FREIE WÄHLER aus dem Stand den Einzug in die Stadtverordnetenversammlung erreicht,

BüSo, BIG und FNW

- die FNW, BIG und BüSo den Einzug ins Stadtparlament verfehlt.

Sitzverteilung

Die zukünftige Sitzverteilung in der Stadtverordnetenversammlung sieht damit folgendermaßen aus:

Der CDU stehen 27 statt bisher 29 Sitze zu, die SPD musste zwei Sitze abgeben und verfügt nun über 23 Mandate. Die GRÜNEN erreichten mit 16 Sitzen sechs Mandate mehr als 2006 (Bild 1). Die FDP stellt noch vier Stadtverordnete, drei weniger als 2006. Die REPUBLIKANER werden im zukünftigen Stadtparlament mit nur noch zwei Abgeordneten vertreten sein. Die BLW konnte drei Sitze im Stadtparlament erringen und auch die LINKE ist mit drei Mandaten im Parlament vertreten. Die Piraten erringen zwei Sitze, die Freien Wähler einen Sitz.

Tab. 3:
Panaschierte Stimmen bei der Stadtverordnetenwahl 2011

An Wahl- vorschlag ...	Von Wahlvorschlag ...												Insgesamt von anderen Wahlvorschlägen erhalten ...
	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	LINKE	REP	BLW	BüSo	FW	BIG	PIRATEN	FNW	
	abs.												
CDU	-	5 105	3 860	5 200	206	551	2 282	60	673	24	478	107	18 546
SPD	7 955	-	1 081	20 106	1 915	462	2 181	140	717	277	1 384	380	36 598
FDP	11 644	2 048	-	2 257	44	222	1 249	42	326	9	341	16	18 198
GRÜNE	5 241	19 715	816	-	1 785	204	1 424	47	400	136	1 823	61	31 652
LINKE	549	3 680	106	4 503	-	98	407	72	167	146	822	1	10 551
REP	1 169	356	214	110	189	-	357	11	42	-	119	-	2 567
BLW	3 645	2 817	857	2 349	377	180	-	42	390	39	311	54	11 061
BüSo	77	79	33	147	40	2	37	-	9	9	34	-	467
FW	995	787	150	969	68	15	443	38	-	15	92	3	3 575
BIG	97	370	42	550	134	-	53	60	35	-	53	60	1 454
PIRATEN	738	1 783	496	3 383	752	238	314	54	186	62	-	87	8 093
FNW	99	447	56	355	160	6	72	24	11	15	73	-	1 318
Insgesamt an andere Wahlvorschläge abgegeben ...	32 209	37 187	7 711	39 929	5 670	1 978	8 819	590	2 956	732	5 530	769	144 080
Saldo	- 13 663	- 589	+ 10 487	- 8 277	+ 4 881	+ 589	+ 2 242	- 123	+ 619	+ 722	+ 2 563	+ 549	

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

8470_04B.XLS


**Stimmenherkunft
nach Wahlvorschlägen**

Die von den Parteien errungenen Stimmen können auf Grund des flexiblen Wahlverfahrens unterschiedlicher Herkunft sein. Sie können von Wähler/-innen stammen, die die von der Partei aufgestellte Bewerber/-innen-Liste so übernehmen wie sie ist (Listenwähler). Andere Wähler/-innen sind zwar grundsätzlich mit dem Wahlvorschlag ihrer Partei einverstanden, wollen aber durch entsprechende Eintragungen dem / der einen oder anderen Bewerber/in eine andere Platzierung in der Liste geben (Parteiwähler). Außerdem können Parteien Stimmen von par-

teübergreifenden Wähler/-innen erhalten, die zwar eine „Lieblings-Partei“ haben, jedoch einzelnen Kandidaten anderer Listen ebenfalls einige Stimmen zukommen lassen wollen (panaschieren). Darüber hinaus erhalten Parteien Stimmen von Wähler/-innen, die sich an **keine** Liste gebunden fühlen und nur Kandidaten wählen („reine“ Persönlichkeitswähler).

*Panaschierungsbilanzen
der einzelnen Parteien*

Besonders interessant sind alle Stimmenbewegungen, die sich nach Herkunft und Ziel identifizieren lassen, d. h. die Stimmengewinne und -verluste der Wahlvorschläge durch Panaschieren. Wie die Tab. 3 zeigt, sind die Panaschierungsbilanzen der GRÜNEN und der CDU negativ, die der SPD und der BüSo nahezu ausgeglichen. Die anderen Wahlvorschläge profitierten von den Stimmenbewegungen im Rahmen des Panaschierens.

Tab. 3a:
Panaschiersalden zwischen den Parteien bei der Stadtverordnetenwahl 2011

An Wahl- vorschlag	Von Wahlvorschlag											
	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	LINKE	REP	BLW	BüSo	FW	BIG	PIRATEN	FNW
	abs.											
CDU		- 2 850	- 7 784	- 41	- 343	- 618	- 1 363	- 17	- 322	- 73	- 260	8
SPD	2 850		- 967	391	- 1 765	106	- 636	61	- 70	- 93	- 399	- 67
FDP	7 784	967		1 441	- 62	8	392	9	176	- 33	- 155	- 40
GRÜNE	41	- 391	- 1 441		- 2 718	94	- 925	- 100	- 569	- 414	- 1 560	- 294
LINKE	343	1 765	62	2 718		- 91	30	32	99	12	70	- 159
REP	618	- 106	- 8	- 94	91		177	9	27	0	- 119	- 6
BLW	1 363	636	- 392	925	- 30	- 177		5	- 53	- 14	- 3	- 18
BüSo	17	- 61	- 9	100	- 32	- 9	- 5		- 29	- 51	- 20	- 24
FW	322	70	- 176	569	- 99	- 27	53	29		- 20	- 94	- 8
BIG	73	93	33	414	- 12	0	14	51	20		- 9	45
PIRATEN	260	399	155	1 560	- 70	119	3	20	94	9		14
FNW	- 8	67	40	294	159	6	18	24	8	- 45	- 14	

Lesebeispiel:

Die CDU **verlor** an die SPD 2 850 Stimmen. Die FDP **gewann** von der CDU 7 784 Stimmen.

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

8470_04c.XLS



Absolut am meisten gewann die FDP Stimmen hinzu, vor allem von der CDU, aber auch von den GRÜNEN, während die LINKE, die PIRATEN, die BLW und die REPUBLIKANER auf diesem Wege weniger Stimmen an Land ziehen konnten, aber immer noch über eine positive Bilanz verfügen. Der Stimmensaldo der LINKEN war insofern beachtlich, da von allen anderen Parteien (mit Ausnahme der FNW), insbesondere von den GRÜNEN und den Sozialdemokraten, deutlich mehr an Stimmen zu dieser Liste kamen als im „Tausch“ zurückgingen.

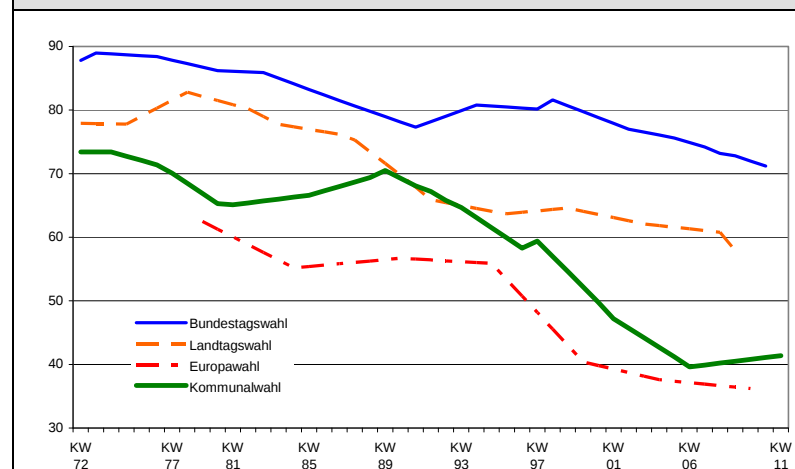
Gleiches gilt für die PIRATEN. Sie „kaperten“ Stimmen bei allen anderen Gruppierungen, mit Ausnahme der LINKEN. Die BLW erhielt vor allem von den Wählern von CDU, GRÜNEN und SPD Stimmen hinzu.

Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung

*Zahl der Wahlberechtigten
gegenüber 2006 gestiegen*

Die Zahl der Wahlberechtigten zur Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung hat sich gegenüber 2006 leicht erhöht: Sie lag am vergangenen Sonntag bei 201 742 und damit um rund 2 200 über dem Wert von vor fünf Jahren. Da bei Kommunalwahlen in Hessen auch Angehörige von Mitgliedsstaaten der Europäischen Union („Unionsbürger/-innen“) stimmberechtigt sind, musste sich die Erweiterung der Europäischen Union (EU) von 25 auf 27 Staaten zum 1. Januar 2007 auch auf die Zahl der Wahlberechtigten auswirken. Aus Bulgarien und Rumänien kamen ca. 1 300 wahlberechtigte EU-Bürger neu dazu.

Bild 2:
Wahlbeteiligung in Wiesbaden
bei Bundestagswahlen, Landtagswahlen, Kommunal-
wahlen und Europawahlen seit 1972 (in %)



Quelle: Amt für Strategische Steuerung,
Stadtforschung und Statistik

8400_42s.xls



In der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger haben Kommunalwahlen innerhalb des Spektrums politischer Abstimmungen eine relativ geringe Relevanz, gemessen an der Wahlbeteiligung. Hier liegen sie auf Platz drei hinter Bundestags- und Landtagswahlen – allerdings noch vor Europawahlen.

Im Verlauf der letzten Jahrzehnte war die Bereitschaft der Wiesbadener, über die Zusammensetzung ihrer Stadtverordnetenversammlung und Ortsbeiräte zu bestimmen, unterschiedlich stark ausgeprägt – seit 1989 ging die Wahlbeteiligung stetig zurück.

*Trend zur Wahlenthaltung
gestoppt*

Dieser Trend hat sich diesmal nicht fortgesetzt. Am vergangenen Sonntag gingen 83 526 Wiesbadenerinnen und Wiesbadener zur Wahl, das sind 41,4 % der Wahlberechtigten.

*Wahlbeteiligung
in den Ortsbezirken
sehr unterschiedlich*

Betrachtet man die Wahlbeteiligungsquoten in den einzelnen Ortsbezirken, so besteht zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Wert eine Differenz von knapp 39 %-Punkten. Wieder war es der Ortsbezirk Heßloch, der sich als Spitzenreiter in Sachen Wählerinteresse präsentierte: Mit 71,3 % lag dort die Wahlbeteiligung um knapp 30 %-Punkte höher als im gesamtstädtischen Schnitt. Auch in Naurod (58,9 %), Kloppenheim (57,2 %), Frauenstein (57,3 %), Auringen (56,1 %), Igstadt (54,0 %) sowie in Breckenheim, Sonnenberg und Rambach konnten sich noch mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten zur Stimmabgabe entschließen. Auch in Nordost (48,6 %) war die Beteiligung noch sehr beachtlich, überdurchschnittlich noch in Nordenstadt, Bierstadt, Delkenheim, Südost, Medenbach und Schierstein. Ganz anders sieht es dagegen in den Ortsbezirken Westend/Bleichstraße (32,7 %), Mitte (34,4 %), Klarenthal (35,9 %) und Rheingauviertel/Hollerborn (36,6 %) aus. In AKK war die Wahlbeteiligung ebenfalls niedrig, am geringsten in Mainz-Kastel mit 33,2 %.

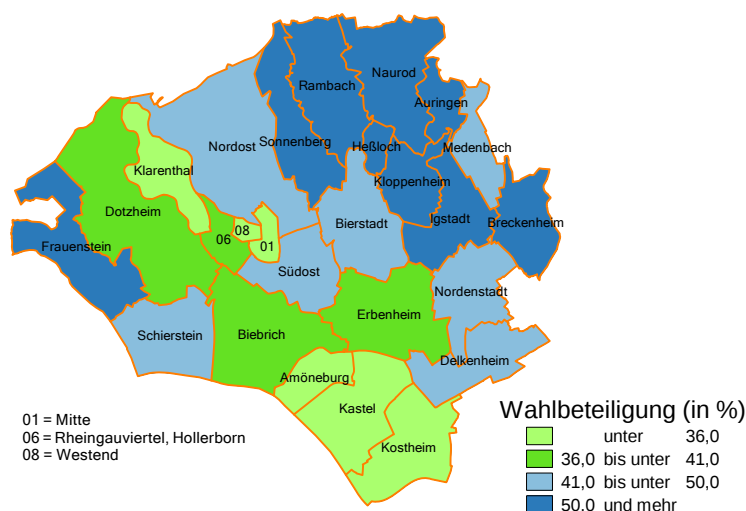
Für diese Unterschiede gibt es keine einfache, monokausale Erklärung. Beispielhaft lässt sich sagen: je höher die Quote an selbst genutztem Wohneigentum, desto höher die Wahlbeteiligung.

*In fast allen Ortsbezirken
höhere Wahlbeteiligung
als 2006*

Der Anstieg der Wahlbeteiligung im Vergleich zur Stadtverordnetenwahl von 2006 vollzog sich nahezu flächendeckend über alle Ortsbezirke. Am meisten legte das Westend zu: + 4,9 %-Punkte, allerdings von einer sehr geringen Ausgangsbeteiligung.

Die „Silbermedaille“ geht an Mitte (+ 4,2 %-Punkte), Delkenheim liegt auf Platz 3 (+ 4,0 %-Punkte).

**Bild 3:
Wahlbeteiligung in den Ortsbezirken
- Stadtverordnetenwahl 2011**



Quelle: Amt für Strategische Steuerung,
Stadtforschung und Statistik



Von den Ortsbezirken mit hoher Wahlbeteiligung (> 50 %) war der Anstieg in Igstadt am höchsten mit + 3,8 %-Punkten, Kloppeheim am zweithöchsten mit + 3,2 %-Punkten. Aber auch Nordost, Südost und Rheingauviertel/Hollerborn stechen hervor mit mehr als 3 %-Punkten im Plus.

Nur in Bierstadt (- 0,3 %-Punkte), Klarenthal (- 0,9 %-Punkte), Kostheim (- 2,6 %-Punkte) und Naurod (- 1,0 %-Punkte) ging die Wahlbeteiligung zurück.

Die weiteren Einzelheiten sind der Tabelle 2A im Anhang zu entnehmen.

*Höhe der Wahlbeteiligung
begünstigt bestimmte Parteien*

Zwischen der Wahlbeteiligung und den Erfolgen der einzelnen Parteien gibt es Zusammenhänge, die in der Vergangenheit immer wieder beobachtet werden konnten. Auf eine Kurzformel gebracht: Je höher in einem bestimmten Gebiet (Wahlbezirk, Ortsbezirk) die Wahlbeteiligung war, desto besser schnitten in der Regel CDU und FDP ab – und desto bescheidener fielen die Ergebnisse für SPD und GRÜNE aus. Tabelle 4 dokumentiert den Zusammenhang für den vergangenen Sonntag: So

lagen in Wahlbezirken mit stark ausgeprägtem Wählerinteresse die Stimmenanteile vor allem der CDU weit über deren gesamtstädtischem Ergebnis. Auch die FDP erzielte hier ihre besten Resultate. Genau das Gegenteil gilt für die SPD: Sie schnitt unterm Strich gerade dort gut ab, wo die Wahlbeteiligung niedrig war; ähnliches gilt für die REPUBLIKANER und DIE LINKE. Relativ unbeeinflusst von der Wahlbeteiligung zeigte sich der Erfolg der GRÜNEN.

Tab. 4:
Wahlbeteiligung und Abschneiden der Parteien bei der Stadtverordnetenwahl 2011
 (ohne Briefwahl)

Wahlbezirke mit ... Wahlbeteiligung	Wahlbeteiligung	Stimmenanteile für ...											
		CDU	SPD	FDP	GRÜNE	LINKE	REP	BLW	BüSo	FW	BIG	Piraten	FNW
		%											
weit überdurchschnittlicher	50,0	37,9	27,0	5,2	19,0	2,2	1,7	4,0	0,0	1,3	0,2	1,4	0,1
überdurchschnittlicher	41,2	33,4	28,1	4,9	20,2	3,6	2,0	4,2	0,1	1,0	0,2	2,0	0,3
unterdurchschnittlicher	34,4	27,3	30,5	4,3	21,7	5,4	2,6	3,0	0,1	1,3	0,4	3,1	0,4
weit unterdurchschnittlicher	25,5	25,4	33,2	3,5	19,0	6,9	3,5	2,4	0,1	1,1	1,0	2,6	1,3
Insgesamt (ohne Briefwahl)	36,8	31,6	29,4	4,6	20,0	4,3	2,3	3,5	0,1	1,2	0,4	2,2	0,5

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik



Die beschriebenen Zusammenhänge können am ehesten mit den unterschiedlichen Sozial- und Altersstrukturen in den Wahlbezirken erklärt werden: So ist beispielsweise bekannt, dass in Gebieten mit Wahlberechtigten mit hohem Sozialstatus sowohl die Wahlbeteiligung als auch der Zuspruch zu CDU und FDP vergleichsweise hoch ist. Auch der positive Zusammenhang zwischen Alter, CDU-Präferenz und Wahlbeteiligung wurde oft belegt. SPD- und LINKE-Hochburgen liegen häufig in Wohnquartieren mit niedrigerem Sozialstatus – und der wirkt der Wahlbereitschaft entgegen. Für die GRÜNEN lässt sich diesmal kein klarer Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und Wahlerfolg feststellen.

*Jeder fünfte Wähler
gab sein Votum per Post ab*

Die Mehrzahl der Wählerinnen und Wähler bevorzugte den Gang ins Wahllokal, aber immerhin jeder Fünfte (20,2 %) nutzte die Möglichkeit der Briefwahl. Damit ist der Anteil der Briefwähler/-innen gegenüber der letzten Kommunalwahl deutlich gestiegen; seinerzeit gaben 18,6 % aller Wählerinnen und Wähler ihre Stimmen per Post ab.

*CDU und FDP profitieren
von Briefwahl*

Dass Briefwähler tendenziell andere Parteien favorisieren als Urnenwähler, lässt sich auch für die jüngste Wahl wieder bestätigen: Briefwählerinnen und Briefwähler bevorzugen die CDU, FDP und BLW, während SPD, GRÜNE und LINKE, aber auch die REPUBLIKANER, die PIRATEN, BIG und FNW ihre Stimmen eher aus den Wahllokalen erhalten. FW und BüSo erhalten an der Urne in etwa genauso viel Stimmanteile wie bei der Briefwahl.

**Tab. 5:
Stimmabgabe von Brief- und Urnenwähler/-innen**

Von den ...	gaben ihre Stimme den Kandidat/-innen der ...											
	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	LINKE	REP	BLW	BüSo	FW	BIG	Piraten	FNW
	%											
Briefwählern	37,0	27,1	6,8	15,6	3,3	1,8	5,0	0,1	1,1	0,1	1,8	0,1
Urnenwählern	31,6	29,4	4,6	20,0	4,3	2,3	3,5	0,1	1,2	0,4	2,2	0,5
Wähler/-innen insgesamt	32,7	28,9	5,0	19,1	4,1	2,2	3,8	0,1	1,2	0,4	2,1	0,4
Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik												



*Briefwähler
panaschieren öfter*

Der vom Kommunalwahlrecht vorgesehene Gestaltungsspielraum bei der Stimmabgabe wurde von den Briefwählern stärker ausgeschöpft als von den Urnenwählern. Während 43,4 % (2006: 47,2 %) aller Briefwählerinnen und -wähler ihre Stimmzettel „veränderten“, mochten sich von den Wählern in den Wahllokalen nur 38,6 % (2006: 42,5 %) dazu entschließen. Dabei wurde das Panaschieren von Stimmen, vor allem aber die reine Personenwahl ohne Listenkreuz von den Briefwählern verstärkt vorgenommen; das Kumulieren und Streichen innerhalb eines Wahlvorschlags war hingegen bei den Urnenwählern etwas beliebter. All diese Sachverhalte wurden ganz ähnlich auch schon vor fünf Jahren beobachtet; wesentliche Änderungen in der Handhabung des Persönlichkeitswahlrechts gab es seitdem also nicht.

Tab. 6:
Brief- und Urnenwähler/-innen und das Wahlsystem

Von den ...	wählen wie früher ¹	nutzten die Möglichkeiten des Persönlichkeitswahlrechts			
		zus.	mit einem Listenkreuz ...		ohne Listenkreuz
			... und Veränderung im Wahlvorschlag	... und panaschierten Stimmen	
	%				
Briefwählern	56,6	43,4	15,1	15,5	12,9
Urnenwählern	61,4	38,6	15,3	14,1	9,3
Wähler/-innen insgesamt	60,4	39,6	15,2	14,4	10,0
1 Unveränderte Annahme eines Wahlvorschlags.					
Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik					





Struktur der Wahlberechtigten und ihre Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht

Gegenüber der Kommunalwahl 2006 hatte sich die Zahl der Wahlberechtigten erneut erhöht. Dies war vor allem auf die Zunahme der in Wiesbaden wohnhaften nichtdeutschen Unionsbürger/-innen zurückzuführen.

Im Vergleich mit 1993 stieg die Zahl der Wahlberechtigten sogar um 11 042. 2011 waren rd. 74 % (2006: 73 %) der Wiesbadener Bevölkerung wahlberechtigt. Auf die erwachsene Bevölkerung bezogen sind es rund 88 %.

**Tab. 7:
Zahl der Wahlberechtigten bei Stadtverordnetenwahlen
seit 1985**

Wahljahr	Wahlberechtigte
1985	193 325
1989	193 805
1993	190 726
1997	195 760
2001	197 458
2006	199 513
2011*	201 768

* Stand: 24.03.11

Quelle: Amt für Strategische Steuerung,
Stadtforschung und Statistik



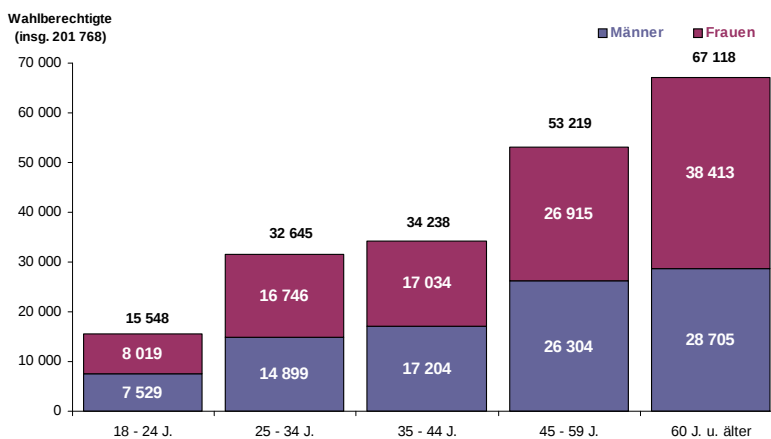
*Zunahme der Wahlberechtigten
über die demographischen
Gruppen ungleich verteilt*

Die Zunahme der Wahlberechtigten vollzog sich nicht gleichmäßig über die demographischen Gruppen. So hatte sich die Gruppe der männlichen und weiblichen Stimmberechtigten um eine ungleiche Personenzahl erhöht und die Zahl der Wahlberechtigten im Alter von 35 bis 44 Jahren war – im Gegensatz zu allen anderen Altersgruppen - zurückgegangen. Am stärksten nahm in absoluten Zahlen die Gruppe der 45- bis 59-Jährigen Wahlberechtigten zu. Die „Generation 50 plus“ macht in Wiesbaden rund die Hälfte der Wahlbevölkerung aus.

Differenzierung
 der Wahlberechtigten
 nach Geschlecht ...

Wie 2006 übertraf der Anteil der Frauen den der Männer (um 6 %-Punkte), was - wie Bild 4 zeigt - in fast allen Altersgruppen zutraf. Nur bei den 35- bis 44-Jährigen sind die Männer in der Überzahl. Dagegen stellen die Frauen in der Altersgruppe 60 „plus“ rund 57 % der Wahlberechtigten. Ansonsten hatten sich die Geschlechterproportionen - trotz unterschiedlicher Entwicklung in den einzelnen Altersgruppen - gegenüber 2006 relativ stabil gehalten.

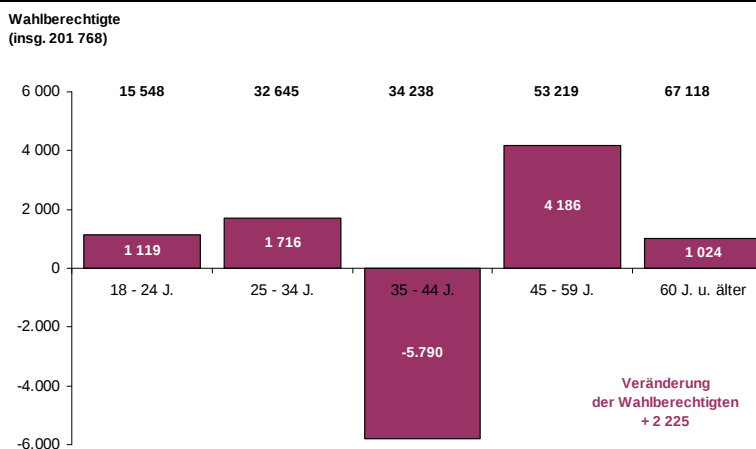
Bild 4:
Wahlberechtigtenstruktur in Wiesbaden
- Jung und Alt, Frauen und Männer



Quelle: Amt für Strategische Steuerung,
 Stadtforschung und Statistik



Bild 5:
Wahlberechtigtenstruktur in Wiesbaden
- Kommunalwahl 2011 / 2006 im Vergleich



Quelle: Amt für Strategische Steuerung,
 Stadtforschung und Statistik



... und Alter

Die grobe Einteilung der Wahlbevölkerung Wiesbadens in Jung und Alt (die Grenze wird hierbei – zugegebenermaßen willkürlich – auf 40 Jahre festgelegt) lässt die Alterslastigkeit der Wiesbadener Wahlbevölkerung deutlich erkennen: gut zwei Drittel der Wahlberechtigten gehören der Gruppe der Alten, nur ein Drittel der Gruppe der Jungen an.

Insgesamt gesehen waren die strukturellen Möglichkeiten, den Ausgang der Kommunalwahl 2011 zu beeinflussen nach Alter und Geschlecht also ungleich verteilt. Zusätzlich zu dieser unterschiedlichen Beteiligungschance aufgrund der demographischen Zusammensetzung der Bürgerschaft kommt noch ein weiterer Sachverhalt hinzu, der die oben beschriebenen strukturellen Ungleichgewichte zum Teil noch verstärkt, zum Teil aber auch abschwächt: Es ist die nach Alter und Geschlecht unterschiedliche Wahlbereitschaft.

*Erkenntnisse
der repräsentativen Wahlstatistik*

Aus der repräsentativen Wahlstatistik ist bekannt, dass der Einfluss demographischer Faktoren auf Wahlverhalten und Wahlentscheidung von unterschiedlichem Gewicht ist.

Während sich das Geschlecht auf Wahlbeteiligung und Parteipräferenzen insgesamt gesehen relativ „geringfügig“ auswirkt, da sich das politische Verhalten von Frauen und Männern in den letzten Jahrzehnten stark angenähert hat, stellt das Alter der potentiellen Wähler/-innen schon eine dominantere Einflussgröße auf das Wahlverhalten dar. D. h. bedingt durch die demographische Zusammensetzung der Wiesbadener Wahlberechtigten haben die einzelnen Alters- und Geschlechtsgruppen nicht nur aufgrund ihrer Zahl in unterschiedlichem Maße die Möglichkeit, den Ausgang der Wahl aktiv zu beeinflussen, sondern auch der Einfluss dieser beiden demographischen Größen auf das Wahlverhalten ist von stark unterschiedlichem Gewicht.

*Alter
prägt stärker das Wahlverhalten
als das Geschlecht*

Strukturverschiebungen oder -änderungen im Altersaufbau der Wahlberechtigten werden sich aufgrund der Erkenntnisse aus der repräsentativen Wahlstatistik sehr viel stärker auf Wahlbeteiligung und Parteipräferenzen auswirken als Änderungen in der Geschlechterproportion. Letztere hatte sich gegenüber 2006 zudem nicht wesentlich verändert.

*Wahlbeteiligung
nach Geschlecht ...*

Im Allgemeinen zeigt sich immer noch, dass Männer von ihrem Wahlrecht stärker Gebrauch machen als Frauen. Unter Einbeziehung des Alters zeigt sich, dass die Frauen in Wiesbaden nicht prinzipiell enhaltsamer bei Kommunalwahlen waren als Männer, sondern nur in den jüngeren und älteren Altersgruppen. Dagegen zeigten die etwa in der Lebensmitte stehenden Frauen meist mehr Teilnahme als die Männer entsprechenden Alters (vgl. Bild 6).

... und Alter.

Betrachtet man allein das Alter, dann lassen sich erheblich größere Beteiligungsunterschiede feststellen.

Die Erkenntnisse über die Wahlbereitschaft aus der repräsentativen Wahlstatistik lassen sich wie folgt zusammenfassen:

*Erkenntnisse
aus der repräsentativen Wahl-
statistik zum Beteiligungs-
verhalten*

1. Entsprechend dem Muster vergangener Wahlen liegt das „Wahlmüdigkeitsmaximum“ wieder in der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen. Mit zunehmendem Alter steigt die Wahlbereitschaft an. Je älter die Wahlberechtigten sind, umso größer ist der Wahleifer. Diese Älteren bestimmen somit nicht nur durch ihre strukturelle Überzahl den Ausgang von Wahlen, sondern darüber hinaus auch aufgrund ihrer überdurchschnittlichen Wahlbeteiligung. Entsprechend früheren Wahlen zeigte die Wählergruppe zwischen 18 und 20 Jahren eine wesentlich höhere Mobilisierungsbereitschaft als die nächstälteren Jahrgänge. Sie wird erst wieder übertroffen von den 40- bis 44-Jährigen.
2. Bei den verschiedenen Parlamentswahlen (Bundestagswahl, Landtagswahl, Kommunalwahl und Europawahl) verstärkt sich dieses Grundmuster in der Weise, dass die Wahlbeteiligung bei jüngeren Wahlberechtigten bei Wahlen mit geringer durchschnittlicher Partizipation stärker sinkt als bei älteren.
3. Prinzipiell ist die Wahlbereitschaft bei Frauen etwas geringer als bei Männern, besonders bei den über 70-Jährigen war der Unterschied in der Wahlbeteiligung auch diesmal deutlich (> 6 %-Punkte, vor 5 Jahren 10 %-Punkte). In der Tendenz zeigen jedoch die in der Lebensmitte stehenden Frauen ein etwas stärkeres politisches Engagement als das andere Geschlecht entsprechenden Alters.

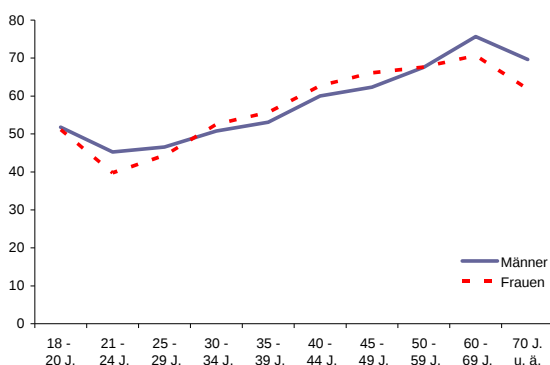
Tab. 8 und Bild 6:
Wahlbeteiligung in Wiesbaden nach Geschlecht und Altersgruppen
bei den Kommunalwahlen 1997 bis 2011¹

Repräsentativauszählung in ausgewählten Wahlbezirken

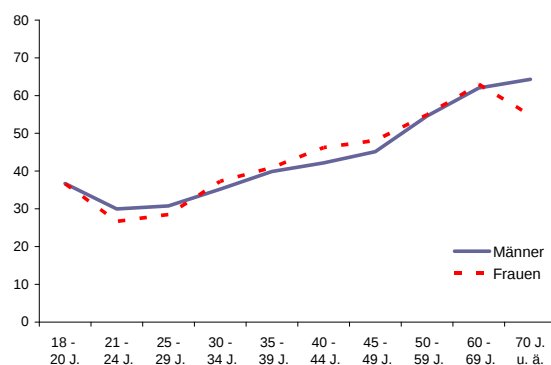
Altersgruppen in Jahren	Von 100 Wahlberechtigten beteiligten sich an der Wahl (Wahlbeteiligung in %)											
	Männer				Frauen				Männer und Frauen			
	KW 97	KW 01	KW 06	KW 11	KW 97	KW 01	KW 06	KW 11	KW 97	KW 01	KW 06	KW 11
18 bis 20 J.	51,8	36,7	30,4	35,1	51,1	36,6	31,6	33,8	51,4	36,9	31,0	34,4
21 bis 24 J.	45,3	30,0	22,0	22,2	39,8	26,7	20,9	24,9	42,5	28,1	21,4	23,6
25 bis 29 J.	46,6	30,8	18,2	21,9	44,4	28,5	21,7	22,3	45,4	29,6	20,1	22,1
30 bis 34 J.	50,8	35,2	24,1	28,5	52,6	37,3	26,5	26,5	51,6	36,2	25,3	27,5
35 bis 39 J.	53,1	39,9	32,0	32,0	55,7	40,9	35,4	31,5	54,4	40,4	33,6	31,7
40 bis 44 J.	60,0	42,2	35,3	36,7	62,7	46,2	38,8	39,0	61,4	44,1	36,9	37,8
45 bis 49 J.	62,4	45,2	36,5	39,7	66,1	48,1	41,0	41,4	64,2	46,6	38,7	40,5
50 bis 59 J.	67,6	54,6	42,6	43,5	67,6	54,9	44,6	44,5	67,6	54,8	43,6	44,0
60 bis 69 J.	75,7	62,0	54,6	52,3	70,7	63,0	54,3	51,3	73,1	62,5	54,4	51,8
70 J. u. älter	69,6	64,3	60,9	56,8	61,9	54,8	50,0	50,2	64,3	58,2	54,3	53,0
Insgesamt	60,7	47,8	39,7	40,3	60,0	48,1	40,6	40,1	60,3	48,0	40,1	40,2

Zum Vergleich: Stadt Wiesbaden insgesamt | 59,4 47,1 39,7 41,4

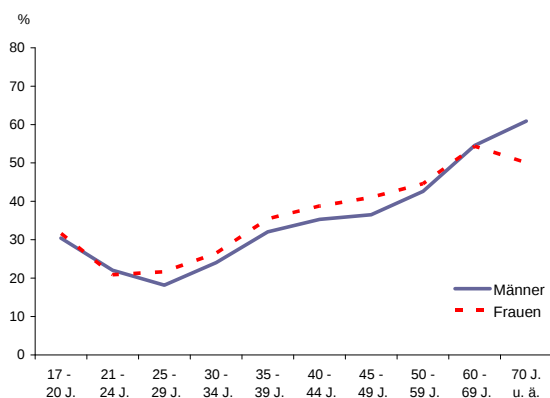
Kommunalwahl 1997



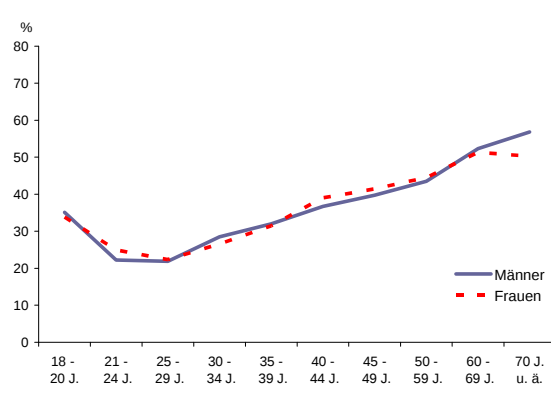
Kommunalwahl 2001



Kommunalwahl 2006



Kommunalwahl 2011



¹ Vergleich etwas eingeschränkt, da bei der Kommunalwahl 2001 17-Jährige wahlberechtigt.

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

8400_25S/30S.XLS

Die jungen Männer zwischen 18 und 20 Jahren strömten diesmal wesentlich zahlreicher zu den Urnen als vor fünf Jahren und überflügelten damit wieder ihre Altersgenossinnen, ebenso die 30- bis 34-Jährigen. Bei den 21- bis 24-Jährigen gingen die Frauen verstärkt wählen. Die über 70-Jährigen Herren blieben eher zuhause.

Wahlentscheidung nach Alter und Geschlecht

*Aussagekraft
der repräsentativen Wahlstatistik*

Ohne die repräsentative Wahlstatistik wäre weder ein Einblick in die alters- und geschlechtsspezifische Wahlbeteiligung noch in deren Abstimmungsverhalten möglich.

Basis der repräsentativen Wahlstatistik sind 14 (von 189 Urnenwahlbezirken) ausgewählte Wahlbezirke. In die Stichprobe gelangen dadurch 15 771 Wahlberechtigte; mit knapp 8 % aller Wahlberechtigten ist der Sample-Umfang groß genug, um davon auszugehen, dass die Stichprobe zuverlässige Werte liefert. Außerdem liegen die ausgewählten Stimmbezirke über das ganze Stadtgebiet Wiesbadens verstreut und sind stets so groß, dass durch die Differenzierung der Stimmzettel das Wahlgeheimnis nicht verletzt werden kann. Ergänzend muss noch gesagt werden, dass in die Stichprobe nur Urnenwähler/-innen gelangen. Da Briefwähler/-innen in der Regel anders wählen als Urnenwähler/-innen unterscheidet sich das Stichprobenergebnis vom Gesamtergebnis. Dies ist diesmal beim Wahlergebnis für die GRÜNEN besonders augenfällig. Dieser Umstand hat den Aussagewert der repräsentativen Wahlstatistik bisher nur geringfügig behindert, allerdings hat der Briefwähler/-innenanteil auch bei dieser Kommunalwahl ein neues Rekordhoch erreicht: 20,2 % der Wähler/-innen stimmten per Briefwahl ab.

<i>Folgenden Fragestellungen wird nachgegangen ...</i>	Eine differenzierte Betrachtung des Wahlentscheids nach Alter und Geschlecht wirft folgende Fragen auf - Lassen sich bei den verschiedenen Altersgruppen Vorlieben für bzw. Abneigungen gegen bestimmte Parteien erkennen? - Bevorzugen Frauen andere Parteien als Männer?
<i>Parteipräferenzen nach dem Alter ...</i>	Im Mittelpunkt steht die Stimmabgabe für die einzelnen Parteien natürlich immer, da davon letztendlich die Sitzverteilung im Stadtparlament abhängt. Dabei stellt sich zunächst die Frage nach den parteilichen Vorlieben bzw. Abneigungen der einzelnen Altersgruppen, also welche Chancen die angetretenen Parteien bei den verschiedenen Altersgruppen hatten.

CDU

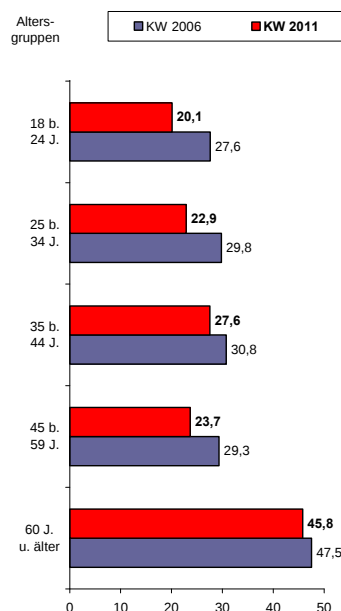
Dass die älteren Jahrgänge, etwa ab 60 Jahren, eine Vorliebe für die Christdemokraten haben, ist ein nahezu unumstößliches Faktum. Dagegen fand die CDU bei den jüngeren Wähler/-innen (18 bis 34 Jahre) immer unterdurchschnittlichen Zuspruch. Das war auch diesmal so, allerdings verschärft sich die demographische Unausgewogenheit. Bei den 45- bis 59-Jährigen erlebt die CDU einen massiven Einbruch in der Parteipräferenz (beinahe minus 6 % Punkte), noch stärker war der Einbruch bei den 18- bis 24-Jährigen und den 25- bis 34-Jährigen. Die 35- bis 44-Jährigen wandten sich entsprechend dem Gesamtdurchschnitt von der CDU ab, während die „Ü 60“-Generation „ihrer“ Partei treu blieb.

SPD

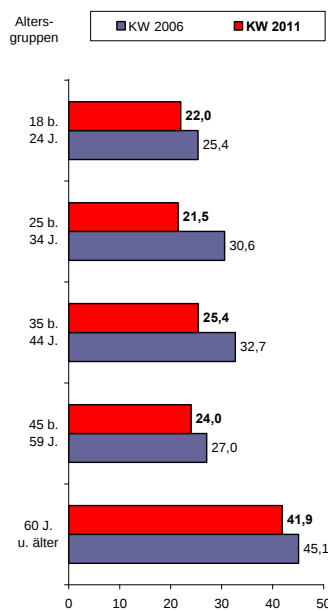
Die SPD-Wählerschaft wird einerseits immer älter: Wesentliche Stütze der SPD waren diesmal die 60-Jährigen und älteren. Auf der anderen Seite kann die SPD bei der jüngsten Wählergruppe (18- bis 24-Jährigen) fulminant zulegen.

Bild 7:
CDU-Anteile nach Alter und Geschlecht bei der Kommunalwahl 2011 / 2006 (in %)
Repräsentativauszählung in ausgewählten Wahlbezirken

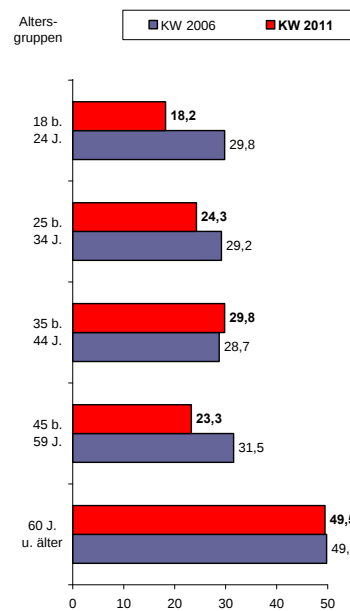
► **INSGESAMT**



► **Männer**



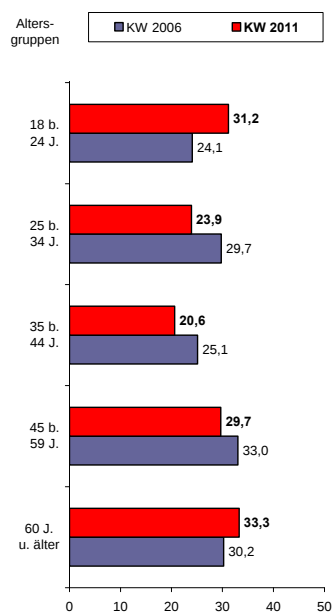
► **Frauen**



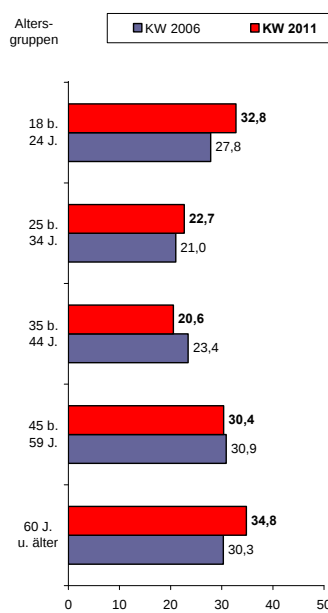
Lesebeispiel:
In der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen wählten 2011 20,1 % die CDU, 2006 waren es noch 27,6 % gewesen.

SPD-Anteile nach Alter und Geschlecht bei der Kommunalwahl 2011 / 2006 (in %)

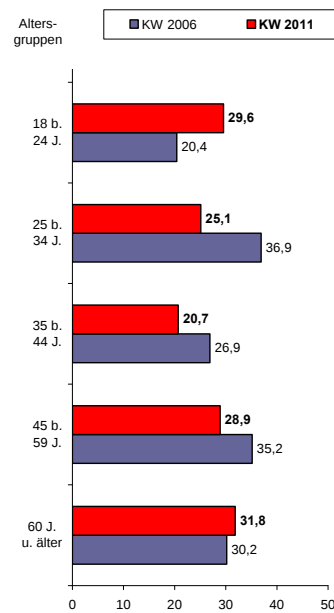
► **INSGESAMT**



► **Männer**



► **Frauen**



FDP

Bei der letzten Stadtverordnetenwahl 2006 hatten die Freien Demokraten bei fast allen Altersgruppen Stimmenverluste hinzunehmen, was die FDP letztlich auch einige Sitze kostete. Dieser Trend setzte sich diesmal verschärft fort. Bei den jüngsten Wählern verliert die FDP zwei Drittel ihres Stimmanteils, selbst bei ihrer stärksten Wählergruppe, den 35- bis 44-Jährigen, immer noch mehr als die Hälfte.

GRÜNE

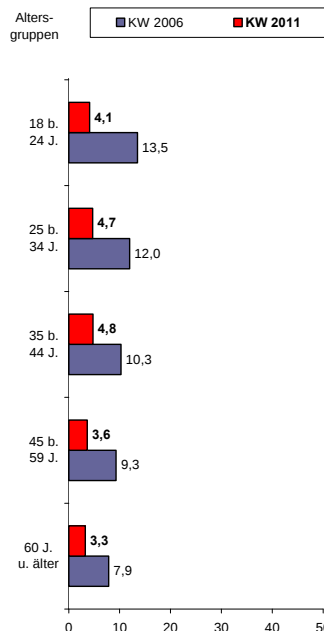
Bei den jungen Altersgruppen waren die GRÜNEN immer Favorit. Ihre stärkste Bastion bleiben aber die 35- bis 44-Jährigen – hier und bei den 25- bis 34-Jährigen sind sie stärkste Partei, wobei die GRÜNEN in allen Altersklassen massiv zulegen. Prozentual am meisten legen sie bei den 45- bis unter 59-Jährigen zu.

noch Bild 7:

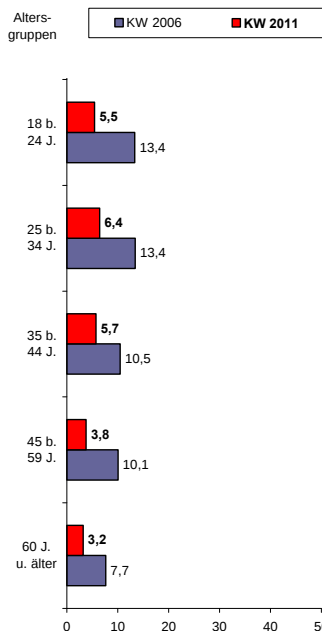
FDP-Anteile nach Alter und Geschlecht bei der Kommunalwahl 2011 / 2006 (in %)

Repräsentativauszählung in ausgewählten Wahlbezirken

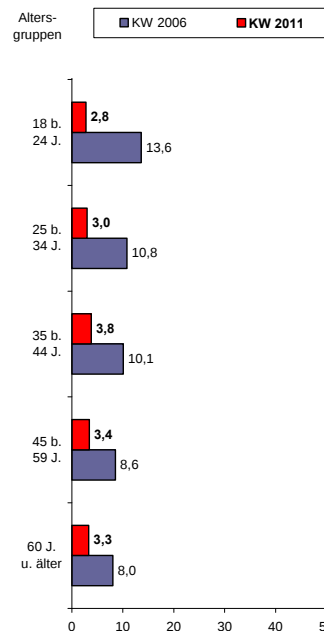
► **INSGESAMT**



► **Männer**



► **Frauen**

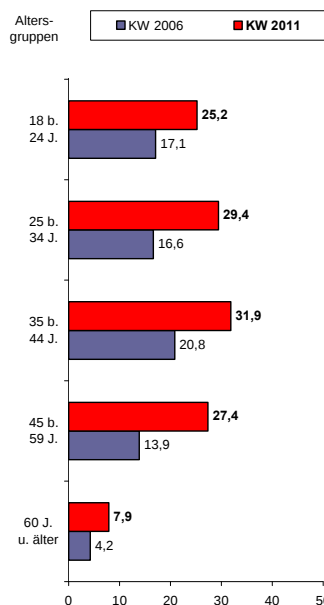


Lesebeispiel:

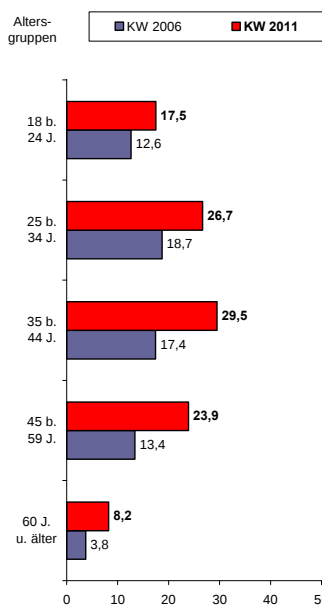
In der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen wählten 2011 4,1 % die FDP, 2006 waren es noch 13,5 % gewesen.

GRÜNEN-Anteile nach Alter und Geschlecht bei der Kommunalwahl 2011 / 2006 (in %)

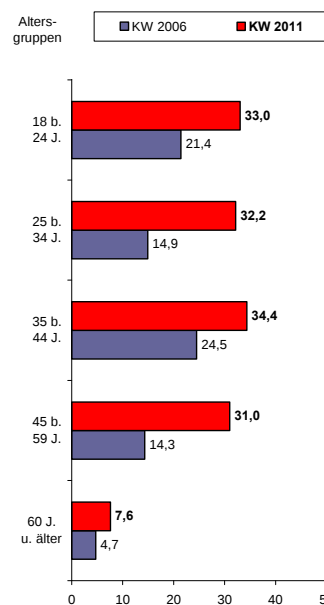
► **INSGESAMT**



► **Männer**



► **Frauen**



DIE LINKE

Ihre demographischen Hochburgen lagen bei den 45- bis 59-Jährigen und bei der jüngsten Wählergruppe. Davon ist ihnen eine abhanden gekommen – bei den 18- bis 24-Jährigen verlor DIE LINKE über die Hälfte ihrer Stimmanteile, während sie sich bei den 45- bis 59-Jährigen ihr stärkstes Ergebnis überhaupt sichert.

REP

Über die altersspezifische Zuwendung zu dieser Partei ist bekannt, dass in Wiesbaden bisher vor allem die älteren Wähler/-innen zu ihren Befürwortern gehörten, während die in der Lebensmitte Stehenden eine stärkere Zurückhaltung übten. Bei der letzten Kommunalwahl 2006 hatte sich die altersspezifische Fürsprache der allgemein bekannten Struktur angepasst: Vor allem die jüngste Wählergruppe fühlte sich von den REPs angesprochen.

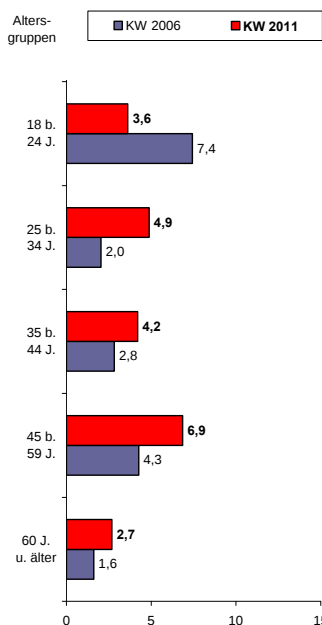
Diesmal brachen die Wahlergebnisse der REP in allen Altersgruppen ein, bei den Jüngsten fahren sie aber immer noch ihr bestes Ergebnis ein. Im Übrigen lässt der Wählerzuspruch mit zunehmendem Alter grob gesprochen immer weiter nach.

noch Bild 7:

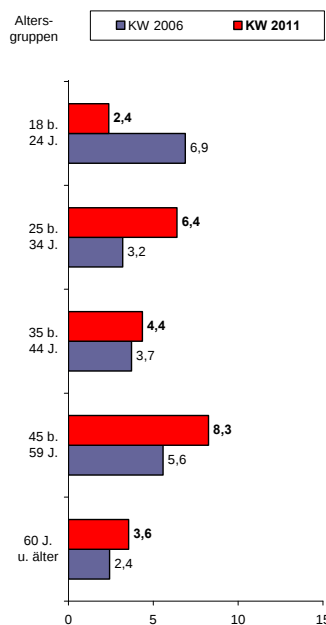
LINKE-Anteile nach Alter und Geschlecht bei der Kommunalwahl 2011 / 2006¹ (in %)

Repräsentativauszählung in ausgewählten Wahlbezirken

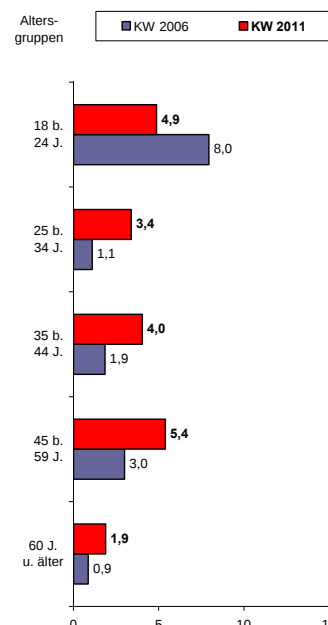
► **INSGESAMT**



► **Männer**



► **Frauen**



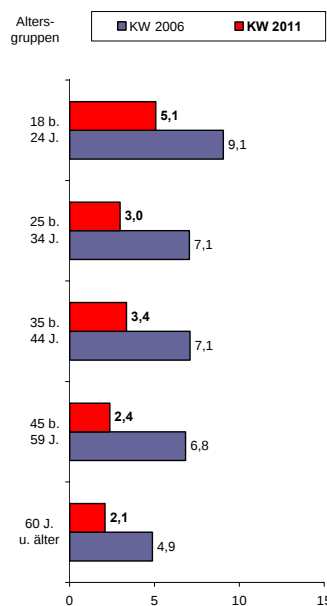
¹ 2006 = LiLi

Lesebeispiel:

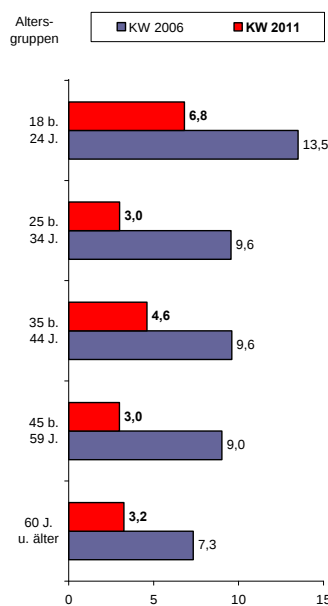
In der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen wählten 2011 3,6 % die LINKE, 2006 waren es noch 7,4 % gewesen.

REP-Anteile nach Alter und Geschlecht bei der Kommunalwahl 2011 / 2006 (in %)

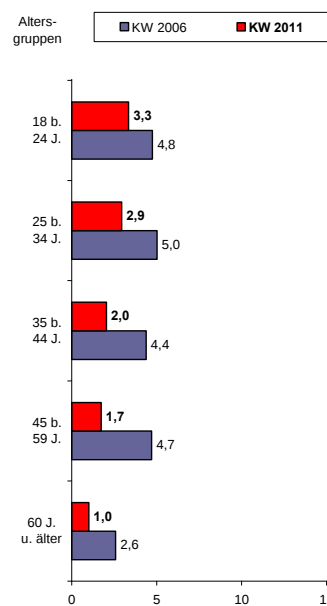
► **INSGESAMT**



► **Männer**



► **Frauen**



BLW

Der BLW waren wie vor fünf Jahren vor allem die „älteren Semester“ zugetan, während sich die jüngeren Altersgruppen von der Bürgerliste wenig vertreten fühlten, mit Ausnahme der allerjüngsten, bei denen die BLW ihr Ergebnis verdoppeln konnte, wenn auch von einem sehr niedrigen Ausgangswert aus.

Freie Wähler

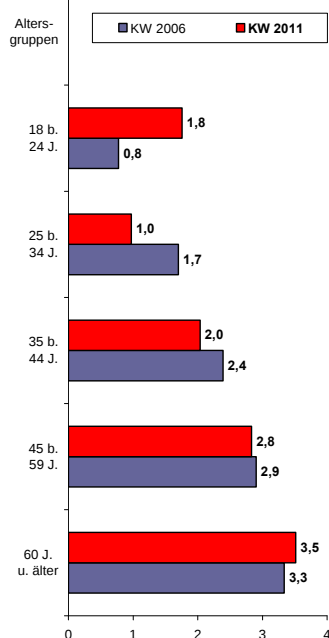
Bei den Freien Wählern ist der Wahlanteil bei den 25- bis 35-jährigen Frauen bemerkenswert hoch. Ähnliches gilt für die 35- bis 45-jährigen Männer.

noch Bild 7:

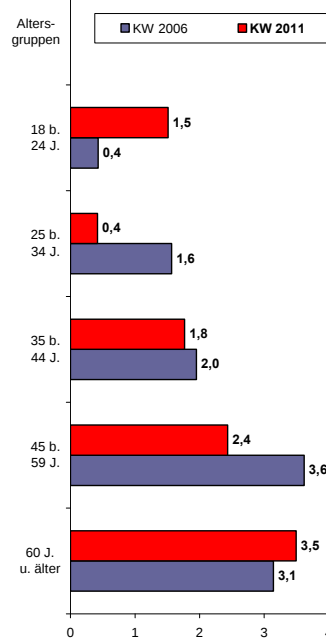
BLW-Anteile nach Alter und Geschlecht bei der Kommunalwahl 2011 / 2006 (in %)

Repräsentativauszählung in ausgewählten Wahlbezirken

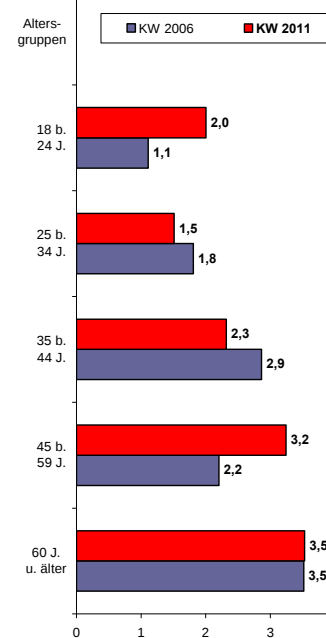
► **INSGESAMT**



► **Männer**



► **Frauen**

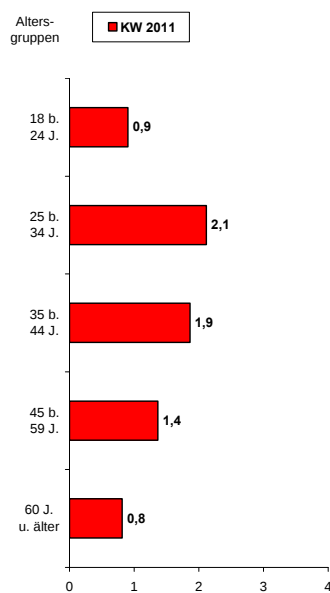


Lesebeispiel:

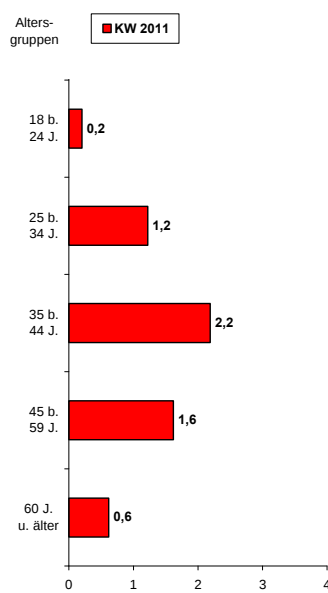
In der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen wählten 2011 1,8 % die BLW, 2006 waren es noch 0,8 % gewesen.

Freie Wähler-Anteile* nach Alter und Geschlecht bei der Kommunalwahl 2011 (in %)

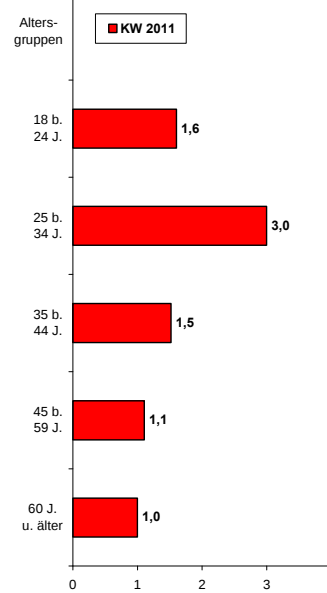
► **INSGESAMT**



► **Männer**



► **Frauen**



* Kandidatur nur 2011

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

8400_51D+E.XLS



PIRATEN

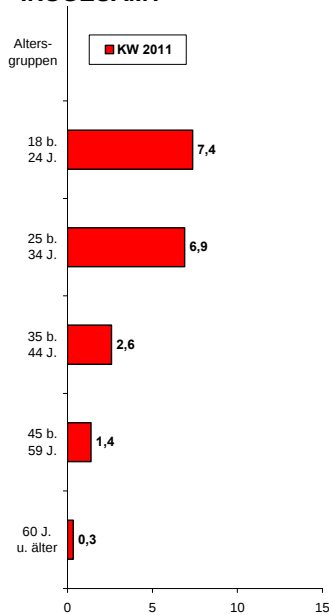
Für die neu angetretenen PIRATEN lässt sich ihr Wählerprofil auf die griffige Formel bringen: je jünger, desto PIRAT. Der Wählerschwerpunkt liegt dabei bei den 18- bis 35-jährigen Männern. Hier erreichen die PIRATEN zweistellige Prozentwerte.

noch Bild 7:

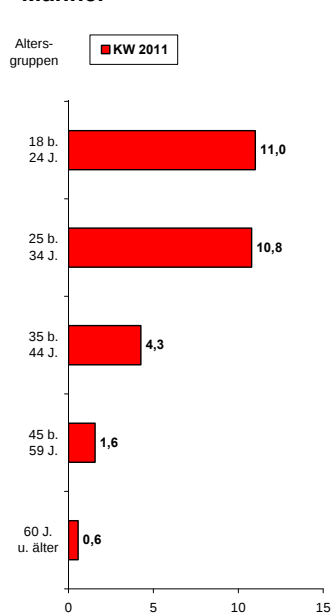
PIRATEN-Anteile* nach Alter und Geschlecht bei der Kommunalwahl 2011 (in %)

Repräsentativauszählung in ausgewählten Wahlbezirken

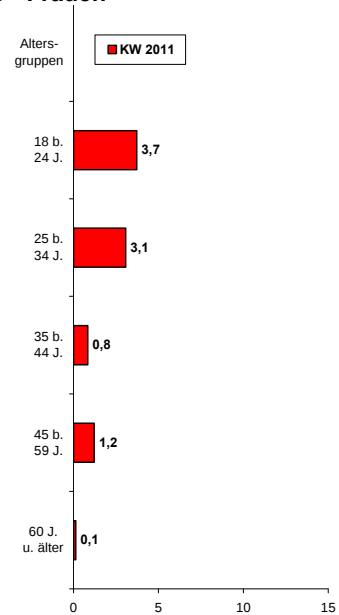
► INSGESAMT



► Männer



► Frauen



Lesebeispiel:

In der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen wählten 2011 7,4 % die PIRATEN.

* Kandidatur nur 2011

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

8400_51D.XLS



BüSo, BIG und FNW

Für die Wählergruppen BüSo, BIG und FNW war eine Differenzierung des Zuspruchs bei den einzelnen Altersgruppen nicht möglich bzw. sinnvoll, da Stimmenanzahl und -verteilung in der repräsentativen Wahlerhebung keine gesicherten Aussagen mehr zuließen.

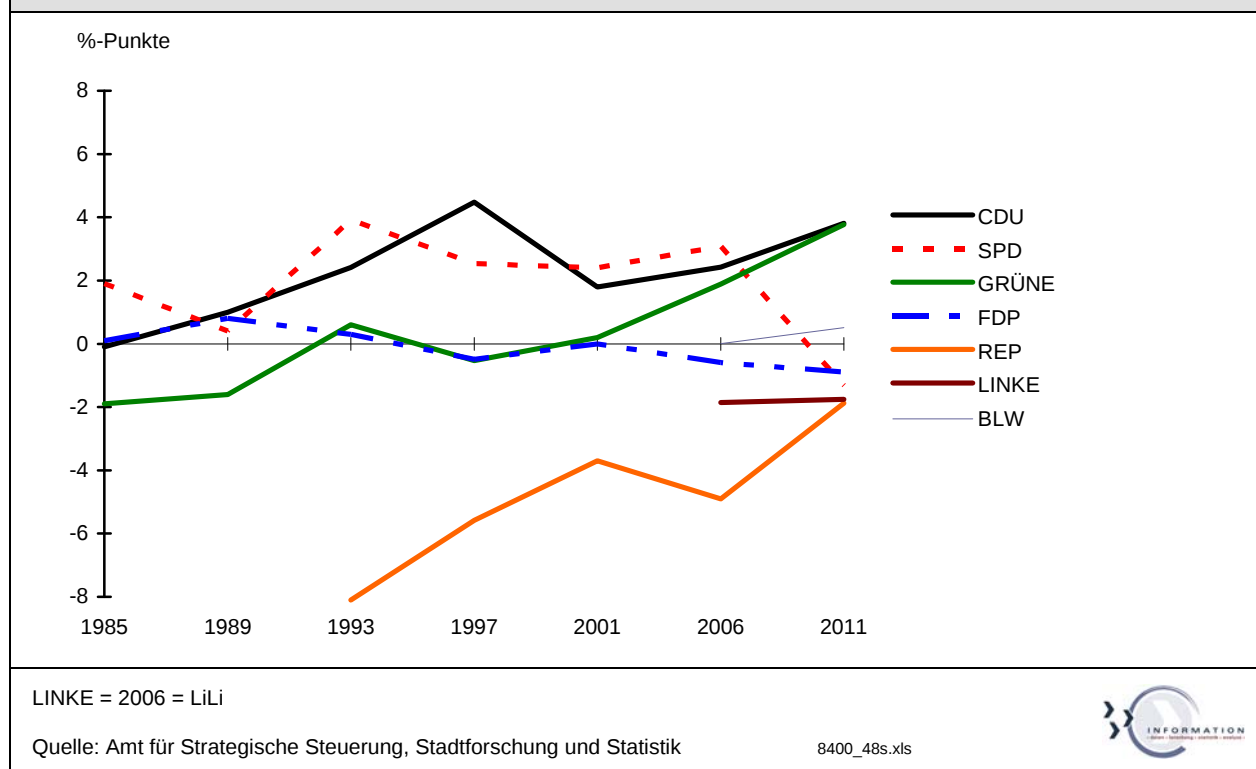
... und Geschlecht

Auch wenn das Wahlverhalten von Frauen und Männern keine so großen Unterschiede aufweist, wie dies bei einer Differenzierung nach dem Alter der Fall ist, interessiert doch der Gesichtspunkt, welche der angetretenen Parteien stärker von den Frauen als vom anderen Geschlecht unterstützt wurde.

CDU

Die Christdemokraten hatten sich seit der Kommunalwahl 1985 immer mehr zu einer „Frauen-Partei“ entwickelt. War der Zuspruch der Frauen anfänglich gering, so votierten sie seit 1989 in stärkerem Maße für die CDU (vgl. Bild 8). Allerdings sind es diesmal allein die Frauen ab 60 und die zwischen 35 und 44 Jahren, die dieses Ergebnis tragen. Bei den älteren Frauen erreicht die CDU beinahe 50 % Stimmanteile, dieser Wert liegt nahe dem vor fünf Jahren, bei den Frauen zwischen 35 bis 44 Jahren legt sie gegen den Trend sogar gegenüber dem Vorergebnis Stimmenanteile zu.

Bild 8:
Kommunalwahlen seit 1985
... Frauen haben höheren Stimmenanteil als Männer ...
Repräsentativauszählung in ausgewählten Wahlbezirken



SPD

Die Favoritenstellung der SPD bei den Frauen war, wie bei ihrer großen Konkurrentin, immer vorhanden, aber einigen Schwankungen unterworfen. Bei der letzten Wahl 2006 sprach sich verstärkt die jüngere Generation zwischen 25 und 34 Jahren für die Sozialdemokraten aus; aber auch in den älteren Jahrgängen favorisierte das weibliche Geschlecht im Vergleich zu ihren männlichen Pendants diese Partei.

Diesmal wechselt die SPD in das Lager der „Männerparteien“; dies ist auf erhebliche Verluste bei den 25- bis 34-Jährigen Frauen und einen leichten Zuwachs bei den „älteren Herren“ zurückzuführen.

FDP

Anfangs konnte die FDP im Beobachtungszeitraum etwas mehr Frauen als Männer für sich mobilisieren. Allerdings waren die geschlechtsspezifischen Unterschiede nie sehr groß. Bei der Kommunalwahl 2006 sprachen sich mehr Männer als Frauen für die Freien Demokraten aus, der Unterschied war jedoch minimal, dieser Trend setzte sich weiter fort.

GRÜNE

Bei der letzten Wahl wurden die GRÜNEN stärker von Frauen als von Männern favorisiert, wobei dies vor allem auf die jüngste und die mittlere Altersgruppe zurückgeht.

Diesmal lässt sich sagen: Wären nur Frauen unter 60 zur Wahl gegangen, die GRÜNEN wären stärkste Partei geworden. Nur bei den 60-Jährigen und älteren Frauen scheint der Charme der GRÜNEN noch zu versiegen.

DIE LINKE

Zusammengefasst: DIE LINKE ist und bleibt eine „Männerpartei“, ihre Wählerschaft ist in vier von fünf Altersklassen klar männlich dominiert. Nur bei den allerjüngsten liegen die Frauen vorn.

REP

Früher waren die REPUBLIKANER immer eine Partei, die ganz überwiegend von Männern gewählt wurde. Dies war auch 2011 so; allerdings nähert sich die Geschlechterverteilung stärker der Parität als je zuvor und erreicht beinahe den Wert der SPD. Dies ist vor allem dem Umstand geschuldet, dass die Verluste der REP bei den Wählern viel dramatischer waren als bei den Wählerinnen.

BLW

Zum erfolgreichen Abschneiden dieser Wählergruppe trugen in der Bilanz Frauen wie Männer beinahe genau gleich viel bei. Gegenüber 2006 lässt sich allerdings eine minimale „Verweiblichung“ der Wählerschaft ablesen. Dazu tragen Zugewinne bei den 45- bis 59-jährigen Frauen und Verluste bei den 25- bis 34-jährigen Männern bei.

Tab. 9:
Wahlentscheidung nach Geschlecht und Altersgruppen
bei den Kommunalwahlen 2011 und 2006

Repräsentativauszählung in ausgewählten Wahlbezirken

Altersgruppen in Jahren	Von den gültigen Stimmen der Wähler/-innen in den verschiedenen Altersgruppen erhalten (in %) ...											
	CDU		SPD		FDP		GRÜNE		LINKE		REP	
	2011	2006	2011	2006	2011	2006	2011	2006	2011	2006	2011	2006
Männer												
18 bis 24 J.	22,0	25,4	32,8	27,8	5,5	13,4	17,5	12,6	2,4	6,9	6,8	13,5
25 bis 34 J.	21,5	30,6	22,7	21,0	6,4	13,4	26,7	18,7	6,4	3,2	3,0	9,6
35 bis 44 J.	25,4	32,7	20,6	23,4	5,7	10,5	29,5	17,4	4,4	3,7	4,6	9,6
45 bis 59 J.	24,0	27,0	30,4	30,9	3,8	10,1	23,9	13,4	8,3	5,6	3,0	9,0
60 J. und älter	41,9	45,1	34,8	30,3	3,2	7,7	8,2	3,8	3,6	2,4	3,2	7,3
Insgesamt	30,2	35,3	29,7	28,0	4,3	9,7	19,2	11,1	5,4	3,8	3,6	8,8
Frauen												
18 bis 24 J.	18,2	29,8	29,6	20,4	2,8	13,6	33,0	21,4	4,9	8,0	3,3	4,8
25 bis 34 J.	24,3	29,2	25,1	36,9	3,0	10,8	32,2	14,9	3,4	1,1	2,9	5,0
35 bis 44 J.	29,8	28,7	20,7	26,9	3,8	10,1	34,4	24,5	4,0	1,9	2,0	4,4
45 bis 59 J.	23,3	31,5	28,9	35,2	3,4	8,6	31,0	14,3	5,4	3,0	1,7	4,7
60 J. und älter	49,5	49,8	31,8	30,2	3,3	8,0	7,6	4,7	1,9	0,9	1,0	2,6
Insgesamt	34,0	37,7	28,3	31,1	3,4	9,1	23,0	12,9	3,6	2,0	1,7	3,9
Männer + Frauen												
18 bis 24 J.	20,1	27,6	31,2	24,1	4,1	13,5	25,2	17,1	3,6	7,4	5,1	9,1
25 bis 34 J.	22,9	29,8	23,9	29,7	4,7	12,0	29,4	16,6	4,9	2,0	3,0	7,1
35 bis 44 J.	27,6	30,8	20,6	25,1	4,8	10,3	31,9	20,8	4,2	2,8	3,4	7,1
45 bis 59 J.	23,7	29,3	29,7	33,0	3,6	9,3	27,4	13,9	6,9	4,3	2,4	6,8
60 J. und älter	45,8	47,5	33,3	30,2	3,3	7,9	7,9	4,2	2,7	1,6	2,1	4,9
Insgesamt	32,1	36,5	29,0	29,6	3,8	9,4	21,1	12,0	4,5	2,9	2,7	6,3
ZUM VERGLEICH												
Alle allg. Wahlbezirke (= Urnenwahl)	31,6	35,0	29,4	31,0	4,6	8,8	20,0	12,4	4,3	0,0	2,3	5,4
Gesamtergebnis (= einschl. Briefwahl)	32,7	36,1	28,9	30,3	5,0	9,0	19,1	12,1	4,1	3,3	2,2	5,0
Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik												
8400_61 / 31 / BASIS.XLS												

Zusammensetzung der Wählerschaft
der einzelnen Parteien
nach demographischen Merkmalen

Für die politischen Akteure stellt sich unter anderem auch die Frage nach dem Profil der Anhängerschaft der angetretenen politischen Gruppierungen.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Wählerstruktur der Parteien nach Alter und Geschlecht, wobei zu Vergleichszwecken auch die Zusammensetzung der gesamten Wählerschaft nach demographischen Merkmalen aufgeführt ist.

Tab. 10:
Wählerschaft der Parteien nach Altersgruppen und Geschlecht
bei der Kommunalwahl 2011

Repräsentativauszählung in ausgewählten Wahlbezirken

(in %)

Geschlecht / Altersgruppen	Wähler/-innen insgesamt	Von den gültigen Stimmen für den Wahlvorschlag stammen aus den verschiedenen Altersgruppen ...					
		CDU	SPD	FDP	GRÜNE	LINKE	REP
Männer							
18 b. 24 J.	6,1	4,4	6,7	7,7	5,5	2,7	11,5
25 b. 34 J.	9,2	6,5	7,0	13,8	12,8	10,9	7,6
35 b. 44 J.	17,6	14,8	12,2	23,6	27,0	14,2	22,5
45 b. 59 J.	31,8	25,3	32,6	28,3	39,6	48,8	26,5
60 J. u. älter	35,4	49,0	41,5	26,5	15,1	23,4	31,9
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100
Frauen							
18 b. 24 J.	6,0	3,2	6,3	4,9	8,6	8,1	11,7
25 b. 34 J.	9,3	6,6	8,3	8,3	13,1	8,7	16,0
35 b. 44 J.	16,6	14,5	12,1	18,8	24,9	18,5	19,7
45 b. 59 J.	30,3	20,7	30,9	30,8	40,9	45,0	30,5
60 J. u. älter	37,8	54,9	42,4	37,2	12,5	19,6	22,1
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100
Männer u. Frauen							
18 b. 24 J.	6,0	3,8	6,5	6,5	7,2	4,9	11,6
25 b. 34 J.	9,2	6,6	7,6	11,4	12,9	10,0	10,3
35 b. 44 J.	17,1	14,7	12,2	21,4	25,8	16,0	21,6
45 b. 59 J.	31,0	22,9	31,8	29,4	40,3	47,3	27,8
60 J. u. älter	36,6	52,1	42,0	31,2	13,7	21,8	28,7
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

8400_34S.XLS



Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

8400_34S.XLS



Zum Verständnis dieser Tabelle drei Beispiele:

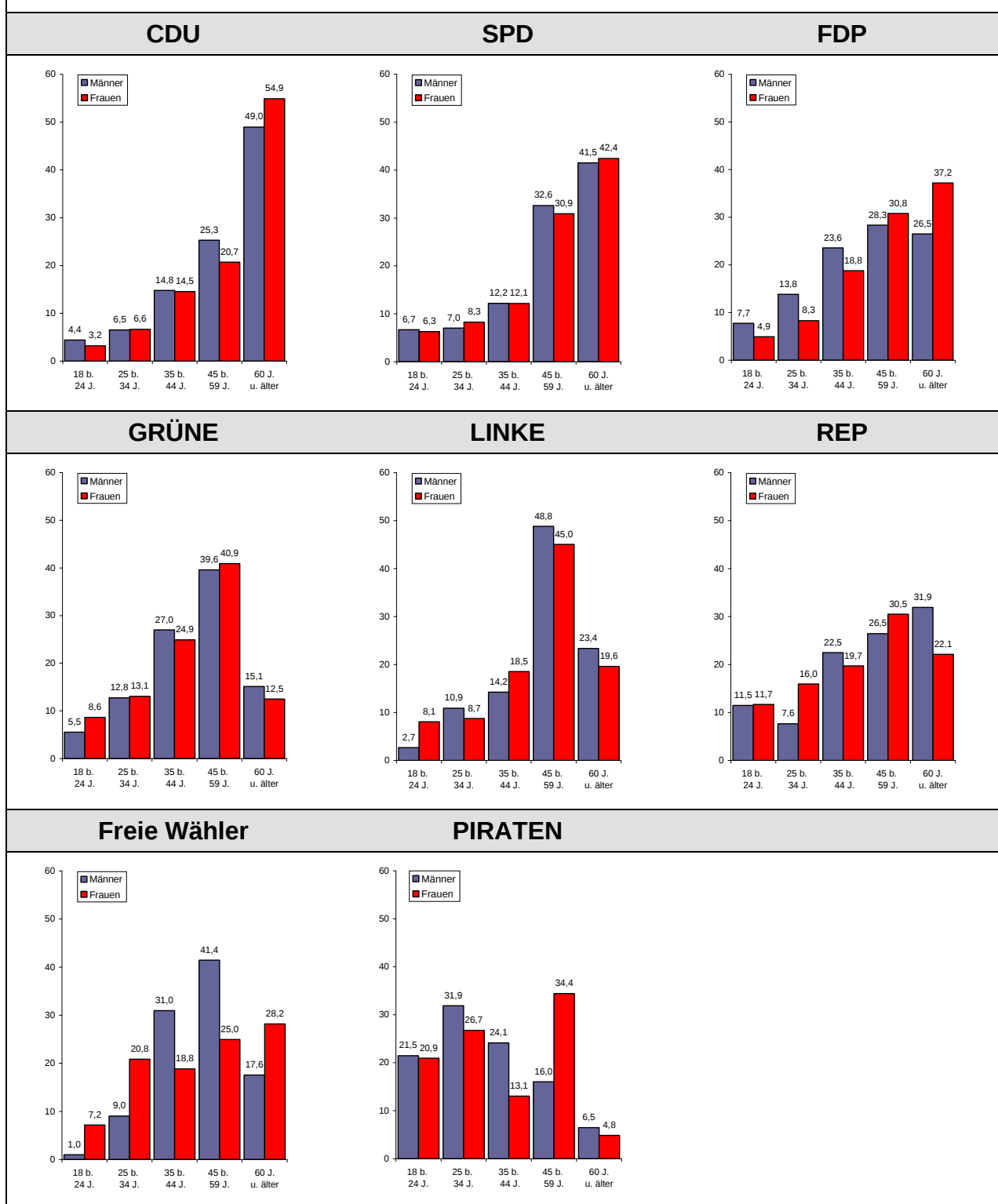
- **52,1 %** der Wählerinnen und Wähler der CDU sind Angehörige der Altersgruppe der 60-Jährigen und älteren.
- **40,9 %** der GRÜNEN-Wählerinnen sind 45 bis 59 Jahre alt.
- Die Wählerinnen und Wähler von 18 bis 24 Jahren machen **6,0 %** der Wählerschaft aus.

Das nachfolgende Bild veranschaulicht die unterschiedliche demographische Zusammensetzung der Wählerschaft der einzelnen Parteien.

Bild 9:
Zusammensetzung der Wählerschaft der einzelnen Parteien
bei der Kommunalwahl 2011

Repräsentativauszahlung in ausgewählten Wahlbezirken

(in %)



Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

8400_36S.XLS

Wählerwanderungen zwischen den Stadtverordnetenwahlen 2006 und 2011

Wählergunst auf Wanderschaft

Die Frage nach den Wählerwanderungen zwischen den Parteien stellt sich traditionell im Nachgang zu jeder Wahl. Sie beschäftigt Öffentlichkeit und Wahlanalytiker, vor allem aber die Politikerinnen und Politiker: Die Gewinner der Wahl möchten erfahren, welcher Partei sie Wähler abwerben konnten. Verlierer wollen wissen, an wen sie Stimmen abgeben mussten. Von besonderem strategischem Interesse ist dabei auch immer der Austausch mit der „Partei der Nichtwähler“: Je nach Umfang und Richtung der Wanderungsbewegung können Mobilisierungserfolge oder -defizite diagnostiziert werden.

Wie „treu“ waren nun Wiesbadens Wählerinnen und Wähler ihren Parteien am vergangenen Sonntag? Welche Verschiebungen, welche Wanderungsbewegungen haben stattgefunden seit der letzten Stadtverordnetenwahl vor fünf Jahren? Welche Partei hatte am meisten unter der Wahlenthaltung zu leiden?

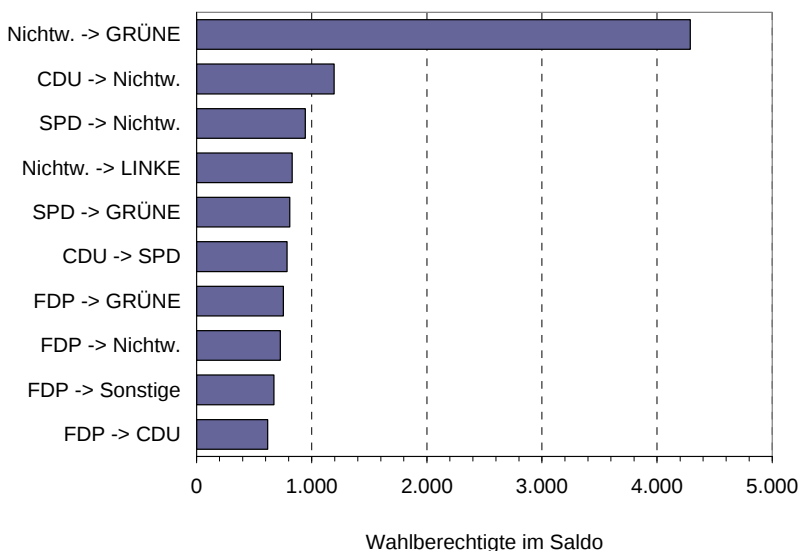
Modell ermöglicht Schätzung der Wanderungsbewegungen

Zur Beantwortung dieser zentralen Frage wird ein mathematisch-statistisches Verfahren eingesetzt, das in der Wahlforschung als **Logit-Modell** bekannt und bewährt ist. Es beruht auf den Veränderungen der Stimmenanteile in den einzelnen Wiesbadener Wahlbezirken: Wenn in besonders vielen Bezirken Stimmeneinbußen einer Partei mit Zugewinnen einer anderen einhergehen, so gilt dies als Indiz für Wählerwanderungen zwischen eben diesen zwei Parteien. Auch die Nichtwähler werden als eigene „Partei“ betrachtet, die „Stimmen“ an andere abgeben oder von anderen profitieren kann.

Bilanz der Gewinne und Verluste

Bild 10 illustriert die Ergebnisse der Gewinn- und Verlustrechnung für die einzelnen Wahlvorschläge. Der Übersichtlichkeit halber werden nicht sämtliche einzelnen Wanderungsströme dargestellt, sondern deren Salden - jener Teil der Wählerwanderungen also, der nicht durch Bewegungen in die Gegenrichtung kompensiert wird. Auch sind solche „Netto-Bilanzen“ graphisch nur dann nachgewiesen, wenn sie mindestens 500 Wahlberechtigte ausmachen.

Bild 10:
Bilanz der Wählerwanderungen in Wiesbaden
zwischen den Stadtverordnetenwahlen 2006 und 2011



Quelle: Amt für Strategische Steuerung,
 Stadtforschung und Statistik



*GRÜNE profitieren von der
 gestiegenen Wahlbeteiligung*

Ihr Rekordergebnis verdankten die Wiesbadener **GRÜNEN** in erster Linie ihrer Mobilisierungsfähigkeit. Per Saldo konnte die Partei diesmal über 4 000 frühere Nichtwähler zu ihren Gunsten an die Urnen bringen. Es liegt auf der Hand, dass dafür die bundesweite Debatte um die Zukunft der Atomenergie ausschlaggebend war. Darüber hinaus gelang es den GRÜNEN, ehemalige SPD- und FDP-Wähler für sich einzunehmen, und zwar per Saldo jeweils rund 800.

CDU ...

Die **Christdemokraten** taten sich dagegen schwer, ihre Klientel zu aktivieren. In der Bilanz gingen die Stimmen von rund 1 200 Wählern in die Wahlenthaltung. Zumindest einen Teil der Verluste konnte die Union dadurch wettmachen, dass sie ehemalige FDP-Wähler zu sich zog.

*... und SPD
 mit Mobilisierungsdefiziten*

Der **SPD** gingen ebenfalls Stimmen durch Wahlenthaltung verloren; in geringerem Ausmaß gab es auch Wählerwanderungen hin zu den GRÜNEN. Gedämpft wurde der Verlust durch einige frühere CDU-Anhänger, die jetzt bei den Sozialdemokraten ihre Kreuzchen machten.

*„Volksparteien“ schon länger
unter Druck*

Für CDU und SPD als die sogenannten Volksparteien setzte sich mit dem aktuellen Wahlgang ein Trend fort, der durch Abwanderung zu den Nichtwählern gekennzeichnet ist. Als tröstend mag da erscheinen, dass das Ausmaß der Verluste (zwischen 1 000 und 1 200 Wähler) am vergangenen Sonntag längst nicht mehr so gravierend war wie zwischen den Stadtverordnetenwahlen 2001 und 2006.

*„Wählerstromkonto“
der FDP im Minus*

Die **Freien Demokraten** in Wiesbaden büßten am letzten Sonntag knapp die Hälfte ihrer Stimmen ein. Davon profitierten die GRÜNEN, die CDU und die Kleinstparteien, während ein anderer Teil der früheren FDP-Wähler sich diesmal ganz der Wahl enthielt. Gerade der Wählerstrom von den Liberalen zu den Grünen stellt in Wiesbaden ein Novum dar. Er erscheint plausibel, wenn man berücksichtigt, dass beide Parteien ein in Teilen vergleichbares Wählerprofil haben. Überdies zeigt ein Blick nach Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, wo am letzten Sonntag neue Landtage gewählt wurden, dass auch dort eine Wählerwanderung von der FDP zu den Bündnisgrünen stattgefunden hat.

*DIE LINKE profitiert nur mäßig
von der höheren Wahlbeteiligung*

DIE LINKE konnte ihr Ergebnis von 2006 nur geringfügig verbessern; den Stimmenzuwachs verdankt sie in erster Linie der Überzeugung früherer Nichtwähler. Austauschbewegungen mit den anderen Parteien gab es dagegen nur in sehr geringem Ausmaß.

Das Wählerwanderungs-Modell bietet die Möglichkeit, Tendenzen im Wechselverhalten der Wahlberechtigten zu erkennen und Richtung sowie Umfang der Wanderungsbewegungen abzuschätzen. Gewisse Risiken und Nebenwirkungen müssen allerdings in Kauf genommen werden: So besteht die Gefahr eines „ökologischen Fehlschlusses“, weil aus den aufsummierten Ergebnissen eines Wahlbezirks nicht mehr zwingend auf das individuelle Stimmverhalten der Wahlberechtigten im Wahlbezirk geschlossen werden kann. Eine präzise Messung von Wählerwanderungen ist auf diese Weise also nicht möglich und im Übrigen auch durch das Wahlgeheimnis ausgeschlossen.

Ergebnisse der Ortsbeiratswahlen im Überblick

*Parteikonstellationen
in den einzelnen Ortsbezirken*

Bei den diesjährigen Wahlen standen den Wähler/-innen in den 26 Ortsbezirken 18 verschiedene Parteikonstellationen gegenüber, vier mehr als vor fünf Jahren.

Wie 2006 kandidierten beide Volksparteien bei allen Ortsbeiratswahlen, die GRÜNEN bei 15 (-1), während die Freien Demokraten bei 21 Ortsbeiratswahlen antraten, zwei Kandidaturen mehr als 2006. Weiter aus der „Fläche“ zurückgezogen haben sich die REPUBLIKANER. Sie hatten nur noch für vier (statt acht in 2006) Ortsbeiräte Bewerber/-innen aufgestellt. Dagegen stellte die Bürgerliste diesmal vier Ortsbeiratslisten auf, nachdem sie 2006 nur für die Stadtverordnetenwahl kandidiert hatte. Die PIRATEN wollten zwei Ortsbeiräte „entern“, AUF AKK konzentrierten sich auf „K und K“, nämlich Mainz-Kastel und Mainz-Kostheim, während alle anderen sich auf jeweils einen Stadtteil beschränkten.

Die Parteienkonstellation sah nun folgendermaßen aus:

In drei Ortsbezirken, nämlich in Heßloch, Frauenstein und Medenbach waren CDU und SPD unter sich. Dreierkonstellationen unterschiedlicher Art gab es in Amöneburg, Breckenheim, Igstadt und Kloppenheim. Die Viererkonstellation CDU, SPD, GRÜNE, FDP gab es in Delkenheim, Klarenthal, Naurod, Nordenstadt und Rambach, weitere „Vierer“ unterschiedlicher Art in Bierstadt, Sonnenberg und MZ-Kastel. Mitte und Nordost bildeten mit ihrer Listenkonstellation genau den Deutschen Bundestag ab (CDU, SPD, GRÜNE, FDP, LINKE), während in allen anderen Ortsbezirken jeweils einmalige Konstellationen vorlagen.

Wie die einzelnen Parteien nun bei welchen Konstellationen und Mitkonkurrenten wie abgeschnitten haben, ist der Tabelle 22A im Anhang zu entnehmen.

Insgesamt waren in den Ortsbeiräten 288 Sitze (durch Bevölkerungsveränderungen 6 mehr als 2006) zu vergeben, um die sich insgesamt 952 (2006: 809) Kandidaten bewarben.

Der am stärksten umkämpfte Stadtbezirk war diesmal das Westend – hier traten 71 Kandidaten an, die acht Listen repräsentierten. Den zweiten Platz teilen sich Mitte und Nordost mit je 63 Kandidaten, dahinter kommt Kostheim mit 62 Bewerbern. Für den größten Ortsbeirat Biebrich (17 Sitze) traten diesmal nur 60 (2006: 61) Kandidaten an.

Die geringste Anzahl an Bewerber/-innen wurde für die Ortsbeiräte Heßloch und Medenbach aufgestellt (10 bzw. 12).

Wie sich die Sitze auf die einzelnen Parteien und Wählergruppen in den 26 Ortsbeiräten verteilen, ist auf der nächsten Seite dokumentiert, aus dem zeitlichen Vergleich von 2006 und 2011 lassen sich die Veränderungen erkennen. Darüber hinaus sind die Abstimmungsergebnisse für die einzelnen Bewerber/-innen in den 26 Ortsbeiräten der Tabelle 23A im Anhang zu entnehmen.

In den Ortsbeiräten Klarenthal und Schierstein wuchs die Bevölkerung über die 10.000-Einwohner-Grenze; damit vergrößerte sich nach der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Wiesbaden der Ortsbeirat um jeweils vier Sitze. In Nordenstadt sank die Bevölkerung unter die 8.000-Einwohner-Grenze, damit verkleinerte sich der Ortsbeirat um zwei Sitze. Dies ist bei der Bewertung der Gewinne und Verluste zu berücksichtigen.

Zusammenfassend kann man sagen: Gewinner der Ortsbeiratswahlen sind vor allem die GRÜNEN – sie legen 9 Ortsbeiratssitze zu – und die „Sonstigen“, die 10 Sitze zusätzlich erobern, aber auch die SPD, die vier Sitze dazu gewinnt. Die CDU verliert acht und die FDP vier Sitze.

Tab. 11:
Sitzverteilung in den 26 Ortsbeiräten nach dem vorläufigen Wahlergebnis 2011
- Vergleich mit entsprechender Wahl 2006

Ortsbezirk	Sitze insgesamt		Davon entfielen auf ...											
			CDU		SPD		FDP		GRÜNE		REP		Sonstige *)	
	2011	2006	2011	2006	2011	2006	2011	2006	2011	2006	2011	2006	2011	2006
Mitte	15	15	4	4	4	5	1	1	5	4	x	x	1	1
Nordost	15	15	6	7	3	4	2	2	3	2	x	x	1	x
Südost	15	15	5	6	4	4	1	2	4	2	x	x	1	1
Rheingauv., Hollerb.	15	15	4	5	5	5	1	-	4	3	-	1	1	1
Klarenthal	15	11	5	3	7	5	1	1	2	1	x	1	x	x
Westend, Bleichstr.	15	15	2	3	4	5	1	1	5	5	x	x	3	1
Sonnenberg	9	9	4	4	2	2	1	1	x	2	x	x	2	x
Bierstadt	15	15	7	7	6	5	1	1	x	2	x	-	1	x
Erbenheim	11	11	4	4	6	5	-	1	x	x	-	1	1	-
Biebrich	17	17	6	6	6	6	1	2	3	2	1	1	x	-
Dotzheim	15	15	5	6	5	5	1	1	3	2	-	1	1	-
Rambach	7	7	3	3	3	2	-	1	1	1	x	x	x	x
Heßloch	5	5	2	3	3	2	x	x	x	x	x	x	x	x
Kloppenheim	7	7	2	2	3	3	x	x	x	x	x	x	2	2
Igstadt	7	7	3	3	2	3	x	x	2	1	x	x	x	x
Nordenstadt	9	11	5	6	3	4	-	1	1	x	x	x	x	x
Delkenheim	9	9	4	4	4	4	-	1	1	-	x	x	x	x
Schierstein	15	11	5	5	6	5	-	-	3	1	x	x	1	-
Frauenstein	7	7	3	3	4	4	x	x	x	x	x	x	x	x
Naurod	7	7	4	5	2	2	-	-	1	x	x	x	x	x
Auringen	7	7	3	3	1	1	-	x	1	1	x	x	2	2
Medenbach	7	7	3	4	4	3	x	x	x	x	x	x	x	x
Breckenheim	7	7	4	4	3	2	-	-	x	1	x	x	x	x
Amöneburg	7	7	3	3	3	4	1	x	x	x	x	x	x	x
Kastel	15	15	4	5	7	6	1	1	x	x	x	-	3	3
Kostheim	15	15	3	3	5	5	1	1	x	x	x	1	6	5
Sitze insgesamt	288	282	103	111	105	101	14	18	39	30	1	6	26	16

* Sonstige

2011 In Mitte, Nordost, Südost, Rheingauviertel, H., Westend, B., Bierstadt, Erbenheim, Dotzheim, Schierstein = LINKE; in Rheingauv., H. Westend, B. = Piraten; in Westend, B. = Lebenswertes Westend; in Westend, B., Sonnenberg, Biebrich, Schierstein = BLW; in Biebrich, Schierstein = FW; in Kloppenheim = UIMWELT; in Auringen = BFW; in Kastel, Kostheim = AUF AKK; in Kostheim = FWG

2006 = In Mitte, Nordost, Südost, Rheingauviertel, H., Westend, B., Erbenheim, Biebrich, Dotzheim, Schierstein = LiLi; in Kloppenheim = UMWELT; in Auringen = BFW, in Kostheim = FWG und in Kastel und Kostheim = AUF

x = im betr. Ortsbezirk nicht kandidiert. - = keinen Sitz erhalten

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

8400_21R.XLS

